

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 1 Mal und ist durch die Expedition, Kees Strasse Nr. 1/4, und durch Buchhändler zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Ende 20 01. Auch die Post bezogen M. 2.50, für ein Jahr M. 10.00, wo keine Post am Ort, M. 12.00.

# Volksmacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren: Bezahlt für die erste Zeile 25 Pfennige, für Wiederholungen 15 Pfennige. Zusätze für die nachts Nummer müssen bis 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 107.

Donnerstag, den 10. Mai 1906.

17. Jahrgang.

### Polizei und Arbeiterschaft.

Im Kriege, so schreibt uns ein früherer Militär aus Anlaß der Breslauer Ereignisse, muß man dem Gegner, der kehrt macht, möglichst viele Verluste beibringen, denn die Feinde, die heute enttöschten, werden sofort wieder gesammelt und stehen in ein paar Wochen von neuem im Felde. Daher ist im Kriege Humanität gegen Fliehende zugleich Inhumanität gegen die eigenen Truppen. Sie trägt nur zur Stärkung des gegnerischen Widerstandes bei und verursacht der eigenen Armee nach Umständen Pämpfe, die ihr erspart geblieben wären, wenn die Besiegten nicht los verfolgt worden wären.

Wegen Sinn aber das Einhalten auf unbewaffnete Bürger, Arbeiter und Frauen, die bereits im Begriff sind, einen Platz zu räumen, haben soll, ist absolut unverständlich, wenn man nicht annehmen will, daß die Regierung die Politik der starken Faust, den Terror, den sie, sobald er sich von unten nach oben richtet, so sehr verabscheut, selbst von oben nach unten zu etablieren sucht. Es gibt nämlich auch einen Terror von oben, der sich neben seinem anarchistischen Kollegen led sehen lassen kann, ja meistens ihm sogar bedeutend überlegen ist, wie die Taten der russischen „Ordnungsorgane“ beweisen.

Das allerbedenklichste an solchen blutigen Vorgängen besteht darin, daß der Polizeifüßel, sobald er anfängt zu hauen, ohne Wahl darauf los schlägt und nicht einmal Leute vor ihm sicher sind, die die Straßen bereits verlassen haben und sich in ihre Wohnung begeben wollen.

Woher kommt nun das nur zu oft geradezu sinnlose Draufgehen? So schwer erklärlich ist es nicht. Die Polizeiorgane wissen, wie verhasst die sozialdemokratische Arbeiterschaft den oberen Regionen ist, und daher glauben sie im Sinne dieser Regionen zu handeln, wenn sie Gelegenheiten zum Drauflosfahren auf Proletarier-Leiber ausgiebig benützen.

Ferner ist zu bemerken, daß die Polizeimannschaften ehemalige Unteroffiziere sind. In der Armee herrschen über das Zivill aber gar merkwürdige Ansichten. Dem deutschen Soldaten wurde ja schon mehrere Male feierlich erklärt, daß ihn sein Rod zu einem besonderen Menschen mache. Vom „inneren Feind“ hört er auch zur Genüge. Weiter lernt er in der Kaserne jene reizende Eigenschaft, die man zwar Schneidigkeit nennt, mit wahren Mut aber gar nichts zu tun hat. Es kommt nicht selten vor, daß „schneidige“ Leute im Kriege versagen, während nichtschneidige sich als Helden erweisen. Zur Schneidigkeit gehört bekanntlich auch möglichst brüskes Auftreten und Lockerstehen der Plempe. Man kann sich das leisten, denn man ist ja ständig bewaffnet, während die Zivillisten im allgemeinen höchstens einen Spazierstock mit sich führen. Welch' erhabene Lehren in der Kaserne über den Waffengebrauch gegen Zivillisten verbreitet werden, beweist das Schriftchen: Anleitung zum Unterricht über Fah-

neneid usw. von Major von Estorf. Mit richtigem Wohlbehagen bringt der Autor Fälle, in denen Zivillisten von Armeeangehörigen getötet oder ver wundet wurden. Höchstselbst stellt er folgendes Prinzip auf: „Wird er (der Soldat) aber direkt tödlich angegriffen, so muß er zur Wahrung der Ehre seines Rodes die Waffe gebrauchen, dann aber auch ordentlich, um dem frechen Veleidiger einen tüchtigen Denzettel zu geben.“ Es genügt also nach Herrn von Estorf nicht die Abwehr des Angriffes, sondern der Soldat soll den Zivillisten auch noch gründlich zurichten. Daß derartige gegen die Gefesparagrafen, die von der Notwehr handeln, verstoßen, ist natürlich Nebensache. Die Auslassungen des preussischen Generalmajors Grafen von Pfeil, die auch hierher gehören, sind den Lesern der „Volksmacht“ zur Genüge bekannt.

Erhöht ist auch noch zu erwähnen, daß die Kasernen mit ihrem Drill die Selbstständigkeit ersticken und daher der Soldat, sobald er in einer gespannten Situation auf sich allein angewiesen ist, sehr leicht den Kopf verliert und dann nicht mehr weiß, was er tut. Dafür hat seiner Zeit eine Gerichtsverhandlung in Bayern einen drastischen Beweis erbracht. Arme Bauern in dem oberpfälzischen Dorfe Fuchsmühl wollten sich das ihnen nach ihrer Ansicht zustehende Rechtsholz, das ihnen vom Baron Joller verweigert worden war, selbst holen. Sie gingen in den Wald und begannen Bäume zu fällen. Darauf wurde Militär requiriert und der Wald von den Bauern gesäubert. Mehrere Bauern wurden verletzt, einer sogar erstochen. Bei dem Prozeß wegen Landfriedensbruches, der gegen die „Holzfäller“ anhängig gemacht wurde, zeigte es sich, daß die Soldaten, die von ihren Führern sehr vernünftige Verhaltensmaßregeln erhalten hatten, teils mit übergroßer „Schneidigkeit“ draufgegangen waren, teils vollständig den Kopf verloren hatten. So gab der Soldat, der den betrunkenen Bauern erstochen hatte, selbst zu, daß er nicht wußte, was er tat. Der die Abteilung befehlige Offizier hatte die Mannschaften aus Schwärmen lassen, in dem unübersichtlichen Terrain wurden die Leute dadurch auf sich selbst angewiesen und infolgedessen ging die Sache für das Militär zwar „schneidig“, aber, vom objektiven Standpunkt aus betrachtet, keineswegs betwundernswert aus.

Eigentlich sollte man glauben, daß bei Zusammenstößen zwischen Publikum und Polizei Letztere der besonnenere Teil sei. Im Deutschen Reich aber ist, sobald das Publikum aus Arbeitern besteht, die Ruhe gewöhnlich nicht auf der Seite der wohlthätlichen Obrigkeit. Und während in England die Polizei für das Volk die Stütze in der Not bedeutet, erfreut sie sich bei uns des Gegenfalls von Beliebtheit. Gar mancher Verbrecher kann vielleicht nur deswegen nicht eruiert werden, weil nicht wenige Leute mit der Polizei und den Gerichten nichts zu tun haben wollen und daher keine Lust verspüren, Wahrnehmungen, die sie gemacht haben, der Polizei mitzutellen.

So zeigt sich, daß das zur Zeit zwischen Volk und Staatsgewalt obwaltende Verhältnis auch der bürgerlichen Ordnung alles andere eher denn zuträglich ist. Dies zu begreifen, mag schließlich auch den Hütern der Ordnung gelingen. Das Schlimme ist nur, daß nicht sie, sondern die Bevölkerung das Lebzgeld zahlen muß.

### Der Schauspielhaus-Skandal.

Im Abgeordnetenhaus wurde gestern die freisinnige Interpellation wegen der ungeheuerlichen Etatsüberschreitungen beim Umbau des königlichen Schauspielhauses verhandelt. Der freisinnige Abg. Rosenow begründete die Interpellation unter Hinweis auf die in der Tagespresse erschienenen Artikel, in denen behauptet war, daß diese Mehrkosten in der Hauptsache dadurch entstanden seien, daß der Umbau bis zum 21. März, dem Tage vor dem Antritt der Mittelmeerfahrt des Kaisers, einem viel zu frühen Termin, fertiggestellt worden sei. Da sich eine wirkliche Fertigstellung bis dahin nicht habe ermöglichen lassen, habe man dem Kaiser insofern eine Potemkinade vorgeführt, als man den Bau nur provisorisch mit unechtem Material notdürftig fertiggestellt, die ganze Interimsarbeit aber dann wieder beseitigt und von neuem angefangen habe. Herr Rosenow geißelte dieses Vorgehen scharf und griff auch den Generalintendanten v. Hülsen und den Bauleiter Baumert an.

Er sagte: Man ist bei dieser Beschleunigung der Arbeiten soweit gegangen, offene Kofsförbe während der Arbeit brennen zu lassen. Die Arbeiter erhielten bis zu 100 v. H. Lohnerhöhungen, weil sie nur unter dieser Bedingung weiter arbeiteten. Trotzdem konnten, um das Haus fertigzustellen, verschiedene Arbeiten nur provisorisch ausgeführt werden. Man ist sogar so leichtsinnig gewesen, auf nassem Zement Parkettfußboden zu legen, der natürlich später wieder herausgerissen werden mußte. Es wäre für die Bauverwaltung nötig gewesen, die volle Wahrheit zu sagen. Die bösen Mächte die dem Ausbau des Schauspielhauses in den Weg traten, waren Herr von Hülsen und Hofbaurat Baumert. Die Zeitungsnachrichten über alle diese Dinge sind unumwiderrprochen geblieben. Ist meine Darstellung richtig, so wäre nicht der Staat, sondern die Krone verpflichtet gewesen, die Mehrkosten zu übernehmen. Soll nicht ein Unwille durch das Volk gehen, wenn bei der Ausführung eines staatlichen Gebäudes hygienische Vorschriften und die Vorschriften über die Sonntagsruhe rücksichtslos verletzt werden? Die Staatsregierung hätte wissen können, ja müssen, daß unter der Leitung des Herrn Baumert schon in Wiesbaden erhebliche Ueberschreitungen vorgekommen sind. Da hätte man dem Herrn besser auf die Finger sehen müssen. Man wird davon gesprochen, daß ihm auch der Bau des Opernhauses übertragen werden soll. Die größten Vorsichtsmaßregeln werden nötig sein, um nicht Derartiges wieder zu erleben. Tatsache ist, daß der Schauspielhausbau zweimal fertiggestellt worden ist. Das läßt die Frage aufkommen, ob wir hier preussische oder russische Zustände haben.

Der Minister ging in seiner Antwort dem Kernpunkt der Sache offensichtlich aus dem Wege und bedachte dafür den Interpellanten mit Vorwürfen über den Ton seiner Ausführungen und andere nebensächliche Dinge. Aus den Reden der Vertreter aller Parteien ging aber hervor, daß selbst in dem Dreiklassenhaus ein gewisser Unwille über das Verfahren der Bauleiter und über die mangelhafte Kontrolle des Baues durch die Regierung vorhanden war. Der konservative Redner Herr v. Arnim sand, daß der Minister einen größeren Teil den in der Presse laut gewordenen An-

### Ich bekenne.

Die Geschichte einer Frau.

Von Clara Müller-Jahns.

31] (Nachdruck verboten.)

„Ich Tage hab' ich dann warten müssen, bis Vincentis erster Brief kam. Und der war voll von Vorwürfen darüber, daß ich bei unserem Abschiede nicht einmal geweint hätte. Ein quälendes Mißtrauen blühte, unter den zärtlichen Worten verborgen, mir höhnisch ins Gesicht.“

„Dies Mißtrauen empörte mich, obwohl es berechtigt war. Nicht, daß ich einen Augenblick in der Treue zu ihm gewankt hätte: — ich hätte mir eher das Herz aus der Brust schneiden lassen, ehe ich ihn, auch in Gedanken nur, betrogen oder verlassen hätte. Aber er mußte den Mangel an Wärme von meiner Seite empfunden haben. Das kam mir freilich damals nicht in den Sinn; und so fuhr ich fort, ihm verlogene, verliebte, überspannte Briefe zu schreiben.“

„Und nach einigen Monaten war ich im Laune meiner Gefühle genau auf demselben Punkt angelangt, auf dem ich vor unserer Zusammenkunft gestanden. Ich bildete mir wieder ein, daß ich ihn liebte und glühend begehrte.“

„Deute weiß ich, daß es ein Anderer war, nach dem Körper und Seele schrieen. Ein Anderer, der die große Freiheit der Liebe lehrt und weiß, daß all' ihre Geschenke königliche Gnaden sind.“

„Im brennenden Sommermond trafen wir uns zum anderen Mal. Ich traf eine Stunde nach der verabredeten Zeit in dem von ihm bestimmten Hause ein. Auf seiner Stirn lag eine tiefe Falte.“

„Warum liebst Du mich nicht?“  
„Gerb und hart klang sein Wort.“

„Von heißem Schred durchschauert, schlang ich die Arme um ihn. Zum ersten Male freiwillig, zum ersten Male ich, und nicht das kalte, fröhliche Wesen, das so oft außerhalb mir gestanden und mich neugierig beobachtet hatte.“

„Als ich aussah von seiner Brust, lag ein eigentümliches, halb bitteres, halb triumphierendes Lächeln um seinen Mund. Ein Lächeln, das mir trotz meiner selbstlichen Unfreiheit zu denken gab.“

„Vincenti, hast Du mich lieb?“  
„Seine dunklen Augen flackerten. „Männin! Du weißt es. Aber Du weißt auch, daß ich Dich nicht lieb behalten werde, wenn Du nicht ganz mein bist mit Leib und Seele.“

„— Meine Mutter — Vincenti!“

„Deine Mutter wirst Du noch inniger lieben, wenn Du sie im wahren Glauben umfaßt. Der Glaube verlangt Opfer, Geliebte. Und ein gottgefälligeres Opfer kannst Du nicht bringen, als das, was Dir auf Erden das Liebste ist. Dent' an Abraham!“

„Eine rasende Furcht überfiel mich. Fester presste ich mich in die Arme des Mannes. „Vincenti, ich habe gelogen in einem fort.“

„Wenn Du ernsthaft bereuist, wird Dir die Blige vergeben werden, um Deines Opfers willen, so wie auch meine Sünde mir vergeben sein wird — um Deiner Seele willen.“

„Hätte er die Worte gesprochen, hätte ich sie nur gesüßelt? Ich weiß es nicht. Herze. Ich weiß nur, daß ich seine Küsse suchte; weiß nur, daß der Mond ins Zimmer sah und selbstsam flackernde Schattenbilder an die weißgetünchte Zimmerdecke warf. — Ich weiß nur, daß die Wogen über mich hinweggingen, heiße, dunkle Blüten in denen mir Sinne und Empfinden erloschen sind.“

„Und daß ich keine Wonne fühlte und kein Glück — Nur die Todesstauer des Ertrinkenden.“

„Wie in jener vollmondlichten Winternacht . . . .“

„Der einzige Unterschied zwischen damals und heut: daß ich diesmal in mir war, nicht außer mir! Und daß ich diesmal nicht lachte, als er gegangen war. Daß ich vor dem Sofa — ein rotgeblümtes Kissen mit sabenschneitigen Stellen, ich hätte es zeichnen, Du! — in die Kniee gesunken war und mein Irmenüberstommtes Gesicht in den Polstern verberg. Daß ich betete — zu Gott, zu der heiligen Jungfrau, zu unbekanntem Mächten? Was weiß ich denn? — Zu Dir habe ich gerufen, Du Unbekannter, Du Ferner, Du, der von Anbeginn bestimmt für diese Stunde war — und den sein Schicksal durch Sturm und Räte, durch grenzenlose Weiten geschleppt hat an jenem brennenden Tag.“

„Das war das Entschuldigste in jenen Tagen, daß ich mir selbst verloren und verfallen erschien. Wenn ich nur einen Funken Glauben an mich gehabt hätte, so würde wohl auch Kraft und Mut in mir gewachsen sein.“

„Und dennoch, Du: Kraft hab' ich eine übermenschliche gehabt, — wenn auch nur eine passivte Kraft und nicht die Kraft zum Guten.“

„Was gut, was böse ist? Damals hab' ich viel über die uralte Menschheitsfrage nachgedacht. Ich trotzte und lag mich schlappte mich mit betterem Rädeln von Stunde zu Stunde.“

„Es war mir gelungen, wieder eine Stellung in einem Redaktionsbureau zu erlangen — für ein Honorar, für das ich mir kaum meine Kleider kaufen konnte. Als ich einen schmerzlichen Versuch machte, fünf Mark monatlich mehr herauszuschlagen, herbeizte mich mein Chef allen Grades, die Frau sei an-

spruchslos von Natur und sie müsse aus pädagogischen Gründen in dieser Anspruchlosigkeit erhalten bleiben. . . . Mein Chef war ein hochheistinniger Mann, der mit allen Neuerungen Schritt hielt und bei der Bieranne Junler und Sozialdemokraten als rücksichtslos oder wahrhaftig herunterließ. Er war dabei ein gutmütiger Mensch und konnte keiner Plage ein Leid antun. . . . Ich werde sehr Andenten in Ehren haben.“

„Meine fünfzig Mark Monatsgehalt mußten also für die Ansprüche meiner Mutter und meine eigenen genügen. Sie mußten. Ich stand vom frühen Morgen an vor meinem Kull und schrieb und schrieb: Seite um Seite, Bogen um Bogen. . . und wurde mit der Zeit ordentlich stolz auf diese unheimliche Kraft in mir, die mich mit schmerzverzerrtem Munde über die heitersten Dinge plaudern und mit kanzenden Füssen über glühenden Stien schreiten ließ.“

„Die Zukunft stand vor mir wie eine hohe, schwarze Wand. Was brühen lag: ob blühendes Land, ob schlangendeholnte Abgründe oder ewige Nacht, — ich möchte über diese schwarze Wand hinaus nicht denken.“

„Als ich eines Morgens an meinem Pult stand und einen politischen Artikel herunterschrieb, überfiel mich die erste Ohnmacht. Ich kammerte mich mit beiden Händen an die harten Panten des Holzes fest, in meinen Ohren brandete ein Meer.“

„Mein Chef sah sehr erstaunt von seinem Schreibtisch auf. Ich stammelte einige unzusammenhängende Worte, sinnlos und leer. Und als der Schauer vorüber war, hab' ich meine Arbeit ruhig zu Ende geführt. Von jenem Augenblicke an tu ich die das Fürchtbare. Aber ich glaube es noch nicht.“

„Ich wollte es nicht glauben. Ich fänden und Füßen wehrte ich mich gegen das graufame Gesens, das mir das Bär aus den Adern zu trinken brohte, das mir näher und immer näher kam.“

„Die Schande!  
„Oh: die allein, die allein hätte ich gerne getragen. Aber die Not, die neben ihr herging, hochläute mich grinstend. . . . die Not und der — Noth —“

„Denn ich wußte, daß meine Mutter das nicht ertragen würde von ihrem letzten Kinde. Ich wußte, daß eine solche Kunde die in den engsten geschäftlichen Beziehungen alleworbene Frau töten mußte. Und ich hatte nicht den Mut, diesen Schlag zu führen.“

„So lag ich denn, wie ich jetzt Jahresfrist gelogen hatte, im Schlar, bedachtet, . . . . Ich wurde langsam krank, ohne deswegen meine Stellung aufgeben zu können. Die mußte ich halten um des lieben Lebens willen bis zum letzten Augenblicke. Tief gebüht über den breiten, hückerbedeckten Tisch, saß ich sechs Stunden lang täglich und schrieb, schrieb, schrieb.“

(Schluß folgt.)

Handlungen wiederholt habe, und der Mann eigentlich überflüssig gewesen sei, da die Regierung nur hunderttausend Mk. betragen hätten. Die nationalliberalen Abgg. Parling und Wolff-Hebrich, die Herrn Springer aus seiner Wiesbadener Tätigkeit her kennen, führen sich gedungen, die Persönlichkeit dieses Mannes her sehr begünstigten Baumeisters in Schach zu nehmen, und ein Kommissar der Bauverwaltung suchte auch technische Einzelheiten in den Versteigerungen als unzutreffend hinzustellen. Immerhin war die durch die Intervention erfolgte Klärung der Angelegenheit durchaus notwendig, und das steuerzahlende Publikum wird zufrieden sein, daß man die unersichtliche Weltaufwendung nicht Mißbrauch in den Kauf genommen hat.

Im zweiten Teil der Sitzung beschäftigte sich das Haus mit der Vorlage zum Einkommensteuergesetz. Die Regierungsvorlage sah eine Doppelbesteuerung vor in der Art, daß außer den einzelnen Gesellschaftern die Gesellschaft selbst für alle über 1/2% hinausgehenden Einnahmen Einkommensteuer zahlen sollte. Die Kommission hat statt dessen für die Gesellschaften mit beschränkter Haftung eine ganz neue Steuerklasse geschaffen, deren Höhe wesentlich höher ist als die der gewöhnlichen Einkommensteuer. Die Doppelbesteuerung ist dadurch beseitigt. Wegen dieser Vor schläge erhoben die Abgg. Dr. Werschel (f. d. Wpt.) und Wolff-Lissa (f. d. Wpt.) Widerspruch.

Die Beratung wird am Mittwoch fortgesetzt.

### Politische Uebersicht.

#### Rahenjahresbestimmung

ergreift von Zeit zu Zeit etliche bürgerliche Blätter. Namentlich die Organe der ehemaligen Bismarckfronde können sich nur schwer in die hurrapatriotische Verhimmelnung, welche hineinschieben, wie sie von Berlin aus über die politischen Kreise langiert wird. Auch jetzt kommen die „Hamburger Nachr.“ mit einer gewiß ernstgemeinten Strafpredigt, in der es heißt:

„Es ist so weit gekommen, daß heutzutage kein Minister irgendeiner Partei, ein Journalist oder überhaupt irgend ein Mann, ohne daß ihm Artikel gerichtet werden, die in ihrem überauswichtigen schmeicheleichen Tone jeden guten Geschmack verletzten; kein hoher Beamter, vom Kaiser ganz zu schweigen, kann eine Rede halten, ohne daß er gefleht wird, als ob er das Vaterland damit gerettet hätte. Artikel von wahrhaft politischer Uebersichtlichkeit erscheinen und verkünden der Welt seinen Namen in einer Weise, die jeder Würdenträger von vornehmer Sinnesart als kompromittierend empfinden muß. Außerdem hat dieses able Gebaren der offiziellen und verwandten Presse den Nachteil, daß Minister, welche wegen ihrer Fähigkeiten und Erfolge wirkliche Anerkennung verdienen, diese in den ihnen gewidmeten Zeitungsartikeln nicht mehr finden, weil das Publikum durch die blind verhimmelnde, feilsche und in der Hauptsache unheimliche Art der Berichterstattung den letzten Rest von Ehrgefühl gegen Lob abgestumpft ist, daß es auch da keinen Eindruck mehr macht, wo es tatsächlich verdient wird.“

Die Reichs-Gesetze durch eine solche Degradierung der öffentlichen Meinung und Kritik in Deutschland nach innen wie nach außen hin erzeugt werden, bedarf kaum des näheren Nachweises. Es ist unersetzliches Bedürfnis, daß wir wieder wach, daß wir der Verblendung lebendig werden, welche wir während eines namhaften aber 1/2 Jahrzehnte fortgesetzten Kalms des äußeren Scheins, der gläubigsten Presse und der bloßen Ansehenlichkeit zum Opfer gefallen sind. Sonst werden wir noch, daß die Potemkinoden von den Schauspielhäusern auf das Gebiet der Politik verpflanzt werden. Umgekehrt haben vielmehr die Urheber der bekannten Selbstverpönderung, die gestern im Abgeordnetenhaus zur Sprache kam, ihre Kunst den politischen Akteuren nachgemacht. Im übrigen ist die Hoffnung eitel, daß das hurrapatriotische Pöbelblendenwerk einem würdigen Spiel in der Politik Platz mache. Es soll Jahrmarktstrudel sein, und wer da nicht an der großen Parade Gefallen findet, ist eben kein wahrer Patriot. Das Ende mag immerhin ein Ende mit Schrecken sein; aber vorläufig heißt es „immer lustig!“

### Vollstreckung an der Arbeit.

Der Reichstag war am Dienstag vollständig betollt. In die ersten schwarzen Schatten sind die Junker und Pfaffen herbeigeführt, um ihre volks- und vaterlandfeindlichen Steuerpläne in Gesetzesparagrafen umzusetzen. Vorher wurde die Abstimmung über den entscheidenden Paragraphen 2 der Zigarettensteuer-Vorlage vorgenommen, die der Edelmüt unserer Fraktion der Mehrheit gestattet hat, an diesem Tage vorzunehmen. Das vierblättrige Mehrheitsheft: Konservativ, Reichspartei, Zentrum und Nationalliberale, verhasst den Paragraphen § 179 gegen 112 Stimmen zur Annahme, woraus die latentste Volksmehrheit sich auf ein neues unglückliches Opfer ihrer Väter und Vorfahren, auf die Zigaretten, stürzte. Der Reichsgrundgesetzliche Ausschuss, welcher als Zutreiber der Mehrheit in den Tagen des Kampfes, sprach im Kardorffgeiste zu der Minderheit: redet nur Ihr, wir stimmen ab! Der bürgerliche Juncker Camp und der grüßliche Junker Rang sprachen in demselben Sinne, doch verhasste der letztere wenigstens so etwas wie eine Begründung und rang in der Vorrede über den neuen Beitrag gegen die Taschen der gewerbetreibenden Bevölkerung seinen wüßigen Füllungsstoff ein paar Witzchen ab, die den Kontrast des Sonnenbergers und das seltliche Hierhergehört-Gewieser der Rechten hervorriefen. Der weißblättrige Zentrum-Gerold etablierte sich als wohlwollender Steuerpapa, der dem deutschen Volke die Beschlässe der Kommission als schöne Präsente hinzustellen suchte. Das antientenliche Häuflein geht diesmal nicht mit der Mehrheit. Es sandte den Abg. Gröbe vor, der sich ein neues Bewunderungs-Telegramm des Prinzen Sigis zu verdienen eifrig bemühte, und mit seinen germanischen Sentenzen nach Judasheinem einen unangenehmen Seitenerfolg erzielte. Die freiwirtschaftlichen Gruppen ließen durch die Abgeordneten Schraber, Schlein und Merx ihre Ablehnung dieser viel leicht höchlich dinstenden Pläne des Steuerbüchse erklären. Kamens unserer Fraktion sprachen die Genossen Wipinski und Gerbert, die den Wüßlingen und Konigen der Mehrheit gründlich heimzuschicken und den engen Zusammenhang dieser Steuererhebung mit dem volksfeindlichen Charakter

rather der deutschen Reichspolitik überzeugend darlegten. Die Regierung ist sich noch nicht recht schlüssig geworden, ob sie der Forderung der Junker in ihrer neuesten, in einem Antrag Beder formulierten Fassung ihre Zustimmung geben soll. Sie wird aber wohl schon Ja sagen und mit dem Kaiser beschließen: „Es — nicht nicht.“ Das Resultat der Abstimmung war nicht zweifelhaft. Der Antrag Beder wurde angenommen, allerdings mit der kleineren, wenig glänzenden Mehrheit von 157 gegen 128 Stimmen; dann machte der Präsident noch die Mitteilung von einem Krankenbesuche bei Billoin. Die Junker taten vergnügt über die Aussicht, diesen ihren getreuen Knecht noch recht lange an der Spitze der Reichsgeschäfte zu sehen. Um nur ja recht schnell fertig zu werden, soll am Mittwoch kein Schwermetall abgehalten werden, sondern in der Druckschreiberei der Steuererhebung fortgesetzt werden.

### Ein neues Schreckensurteil.

Abermals haben deutsche Richter gegen einen sozialdemokratischen Redakteur ein hartes, Aufsehen erregendes Urteil gefällt. Am Dienstag wurde in Erfurt nach heftiger Verhandlung Redakteur von „Fortschritt“ von der „Leibniz“ wegen Aufregung zum Klassenhaß und Verächtlichmachung hehrlicher Maßnahmen durch fünf Artikel, die vor und nach den Kundgebungen gegen das preussische Landtagswahlrecht erschienen sind, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. — Schriftleiter Friedrich Klone erhielt als verantwortlicher Redakteur des Blattes aus gleichem Anlaß einen Monat Gefängnis.

Ueber den Verlauf des Prozesses werden wir morgen näher berichten. Heute läßt sich schon soviel sagen, daß auch dieses harte Urteil keine Wirkung ebenfowenig versehen wird, wie das Urtheil der Russen Justiz. Es wird in der Arbeiterschaft die Leiden aufzuheben und der Sozialdemokratie neue Mitarbeiter zuführen. Einzelne unter uns mögen schwer an ihrer Gesundheit zu leiden haben. Die Früchte der heutigen Rechtsprechung aber sollen uns in den Schoß.

### Fahrkartensteuer.

Das Projekt der Eisenbahnfahrkarten-Steuerung erklärt jellame Umwandlungen. Durch schlug die Regierung eine neue Steuerart vor. Auf alle Fahrkarten im Werte von mindestens 2 Mark sollte ohne Unterschied der Entfernung ein Stempelzuschlag erhoben werden, der für die erste Wagenklasse auf 40 Pfennig, für die zweite auf 20 Pfennig, für die dritte auf 10 Pfennig und für die vierte auf 5 Pfennig festgesetzt war. Die Höhe der Steuer sollte von der Reichsregierung mit diesen Vorschlägen jedoch nicht zu entscheiden. Einsteils weil die Steuer die nahen Stationen ebenso belastete wie die Fernstationen, besonders aber, weil sie in ihrer Vertheilung die Gerechtigkeit aus der Fahrkarten-Steuerung größere Beträge hervorzuheben wollte. Sie nahm deshalb einen Antrag auf Einführung von Stempelzuschlägen an. Auf allen inländischen Bahnhöfen sollte für die erste Wagenklasse ein Zuschlag von 1 Pfennig, für die zweite Klasse 1/2 Pfennig, für die dritte 1/4 Pfennig pro Kilometer erhoben werden, Stempelzuschläge bis zu 5 Pfennig jedoch unbedingbar zu bleiben. Die Erhöhung der Stempelzuschläge stieß jedoch auf den Widerspruch der verbundenen Regierungen, da sie eine beträchtliche Abnahme der Eisenbahn-Einnahmen befürchteten. Jetzt haben die Reichsparteien eine nochmalige Umwandlung vorgenommen und einen Abänderungsantrag gestellt, der eine Erhöhung der Stempelzuschläge nach Fahrpreislagen vorschlägt: Es sollen danach an Stempelzuschlag bezahlen:

a) Fahrkarten, Fahrpläne und sonstige Ausweise über die erfolgte Zahlung des Personalfahrgeldes im Eisenbahnenverkehr auf inländischen Bahnhöfen;

bei einem Fahrpreis von:	III.	II.	I.
	Wagenklasse	Wf.	Wf.
mehr als 2	5	10	20
1	5	10	20
10	20	40	80
20	40	80	160
30	60	120	240
40	80	160	320
50	100	200	400

Fahrkarten von Straßen- und öffentlichen Straßen, welche getrennte Wagenklassen nicht haben, werden wie Fahrkarten letzter Klasse behandelt. b) Fahrpläne, Fahrpläne und sonstige Ausweise über die erfolgte Zahlung des Personalfahrgeldes im Dampfstraßenverkehr auf inländischen Wasserstraßen und Seen, sowie im Dampfstraßenverkehr der Nord- und Ostsee zwischen inländischen Orten unterliegen den unter a) für die dritte Wagenklasse festgesetzten Stempelzuschlägen. Wenn das Dampfstraßenverkehr zwischen inländischen Orten, gelten die unter a) für die dritte Wagenklasse festgesetzten Stempelzuschläge für die zweite Wagenklasse, die unter a) für die zweite Wagenklasse festgesetzten Stempelzuschläge für die dritte Wagenklasse.

Besteht ein 1) Fahrkarten usw., wenn deren tarifmäßiger Fahrpreis, bei Festhalten der Fahrpreislage, bei Fahrkarten von und nach ausländischen Orten der Fahrpreis für die im Inlande zumutende Strecke den Betrag von 60 Pfennig nicht erreicht; 2. für die ermäßigten Preisen ausgegebenen Militär- und Arbeiterfahrkarten; 3. Fahrkarten der dritten Wagenklasse, jedoch im Eisenbahnverkehr eine dritte Wagenklasse nicht geführt wird und der Fahrpreis der dritten Wagenklasse den Betrag von zwei Pfennig für das Kilometer nicht übersteigt. Der Vorschlag ist im ganzen etwas vermindert als der Kommissionsvorschlag. Er behält nur eine Erhöhung der Fahrpreislage letzter Klasse um 2 bis 3 Pfennig, während die zweite Klasse von jeder weiteren Belastung freibleibt; demnach ist er schärfer als für unsere Partei wegen seiner volksfeindlichen Tendenz völlig unannehmbar.

Unzufrieden im höchsten Grade muß die politische Situation in der höchsten Regierung sein. Ueber das Intrigenspiel und die Skandale, die in den Kreisen getrieben werden, die dem Volke als leuchtendes Vorbild vorgehalten werden, gibt eine Auslassung der offiziellen „Südb. Reichs-Anzeiger“ Kunde:

Es scheint dem zu gehen, wenn die Senkung des Reichsrentens gegen den Staat geht. Weniger in der Presse, als in parlamentarischen und sonstigen politischen Kreisen werden die der Wirt. parlamentarischer Behauptung Angaben aufgeführt, die im Widerspruch mit der Behauptung, den Grundbesitzern des Reichs Büttel als ein dauerndes Hindernis gegen die Ausübung seiner amtlichen Tätigkeit erscheinen lassen. Inzwischen ist in diesen Kreisen, daß dabei, um auf entsprechende Senkung mehr Einfluß zu machen, als Quelle für dergleichen pessimistische Ansichten gegen die Lage des Reichsrentens genannt wird. Demgegenüber lohnt es sich hoch zu empfehlen, daß aus dem Kreise der Persönlichkeiten, die als Umgebung des Reichs in Betracht kommen, keine einzige eine Vermehrung geben, auch solche etwache Behauptung noch keine Vermehrung von den Reichsrenten herkommen werden können. Es ist dies bei dem Schicksal der Reichsrenten

Wünsche, wie ein Ganglerwechsel einzuwirken soll, den der Kaiser nicht zu will, und den das Bestehen des Reichsrentens nicht erforderlich macht. Der Reichstag ist jetzt — es gibt eine Reihe von Jüngern dafür — frischer und kräftiger, als vor dem Anfall. Er beschäftigt sich schon mit dem Reichstag, aber nicht mit Rücktrittsgeboten. Wir hoffen durch diese Mitteilung allen Patrioten eine Freude zu machen, auch den Bekümmerten, deren sorgende Liebe das Ende einer Gangler-Daufrbahn vorzeitig angefeht hat.“

Wir nehmen also als Tatsache hin: erstens, daß der Reichsrentenfronist frisch, gesund und maßgebend in Regierung Angelegenheiten ist. Zweitens aber ist der Welt klar, daß die Feinde der göttlichen Weltordnung von heute und vielleicht auch noch von morgen nicht nur unten, sondern nach wie vor auch in den Kreisen zu suchen sind, die vor Jahren am Kogestandal so schönes Behagen fanden.

In der von Nebel im Reichstag erwähnten Postaffäre schreibt „Die Welt am Montag“: „Bei der Frau jenes russischen Kaufmanns in Schöneberg, der nach Nebels Darstellung im Reichstag durch Polizeibeamte zu Verbrechen angeklagt werden sollte, erschien Sonnabend Nachmittag ein großer Herr mit Glase und blondem Schnurrbart, der vorgab, im Auftrage der Welt am Montag“ und zugleich im Einverständnis mit dem Reichsrentenfronist ihres Gatten, Dr. Viehnecht, zu kommen. Natürlich ist beides vollständig erlogen. Es kann sich nur um einen Schwindler oder Spitzel handeln. Das letztere ist wahrscheinlicher, weil im Reichstag der Name des Kaufmanns gar nicht genannt wurde und auch nicht bekannt war, der geheimnisvolle und lächerliche Vorfälle keine Kenntnis also nur durch Fälschung mit der politischen Polizei erlangt haben kann.“ Der Gentleman stellte an die maßgebliche Frau allerhand verhängliche Fragen, z. B. ob sie den „Bismarck“ lese. Es werden hoffentlich Mittel und Wege gefunden werden, um die Wiederholung solcher Spitzelverhörschichten und Spitzelgemeinheiten zu verhindern.

Zwei Prozesse wegen Verrats militärischer Geheimnisse werden diese Woche das Reichsgericht beschäftigen. Der erste Prozeß begann heute, Mittwoch. Ein gewisser Konrad soll, dem Vernehmen nach, in einer großen Berliner Gewerkefabrik gearbeitet haben. Zwei andere, Senfleben und Lude sollen Konrad veranlaßt haben, ihnen Gewehrteile, insbesondere Neuerungen bei der Anfertigung von Gewehren und wohl auch fertige Gewehre zuzutragen. Senfleben und Lude sollen mit dem zum französischen Kriegsministerium reorganisierenden Rüstungsbüreau in Verbindung gestanden und an dieses das von Konrad Gekaufte gegen entsprechende Bezahlung übermitteln haben. Konrad soll schließlich einmal abgefaßt worden sein, als er sich Gewehrteile unter den Rock knöpfen wollte. Er wurde jedoch verhaftet und hat den Zweck seiner Taten sehr bald zugestanden. Eine sofort bei Senfleben und Lude vorgenommene Hausdurchsuchung soll ergeben haben, daß letztere mit dem erwähnten Pariser Bureau einen sehr lebhaften Verkehr unterhielten. Senfleben, Konrad und Lude haben sich daher wegen Verletzung des Spionagegesetzes zu verantworten.

Sonnabend wird den vereinigten zweiten und dritten Strafenat des Reichsgerichts ein zweiter Vandalenverratsprozeß beschäftigen. Angeklagt in diesem Prozeß ist der Händler Johann Kempgens, am 11. April 1879 zu Kettwig geboren, wohnhaft zu Essen a. d. R. Dem Vernehmen nach soll Kempgens das Verstecken einer weitverbreiteten Spionentruppe sein, die sich als Feld ihrer Tätigkeit den rheinisch-westfälischen Industriebezirk ausdehnen hat. Ihren Hauptstich soll die Spionentruppe in Dortmund gehabt haben. Es wird vermutet, daß diese Spione es in der Hauptsache auf Auszubildende neuer Erfindungen bei Anfertigung von Geschützen, Kanonen, Panzerplatten usw. abgesehen haben. Damit scheint sich aber ihre Tätigkeit nicht erschöpft zu haben, denn Kempgens, der augenscheinlich nur ein Werkzeug der Spionentruppe ist, war bemüht, von beim Essener Bezirkskommando diensttunenden Unteroffizieren den Mobilmachungsplan für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk zu erhalten.

Der Gotteslästerungsparagraph ist eine jener Gesetzesbestimmungen, die schließlich selbst religiösen Leuten unangenehm werden. Die sächsischen evangelisch-sozialen Vereinigung haben in ihrer Hauptversammlung Stellung zu dem sogenannten Gotteslästerungsparagraphen (Strafgesetzbuch § 166) und beschloß folgende Resolution:

„Die sächsischen evangelisch-sozialen Vereinigung tritt an des Wesens und Ansehens unserer Kirche willen mit Entschiedenheit dafür ein, 1. daß der sogenannte Gotteslästerungsparagraph unseres Strafgesetzbuches sobald als möglich aufgehoben werde, 2. jedenfalls aber auch schon unter der Herrschaft des gegenwärtigen Rechts die Kirche grundsätzlich darauf verzichten möge, seinen Schutz in Anspruch zu nehmen, beides auch insbesondere im Hinblick darauf, daß insoweit wirklich ein Bedürfnis nach Strafrechtlichem besteht, die sächsischen gesetzlichen Bestimmungen ausreichen.“

Wegfall sind auf Grund des Gotteslästerungsparagraphen evangelische Geistliche wegen ihrer Kritik der katholischen Religion bestraft worden. Daher wühlt die Diskussion. Wenn nur Sozialdemokraten genügend hätten, wären auch die frommen evangelischer Richtung über den § 166 nicht in Aufregung geraten.

Ein guter Christ und kein guter Soldat. Aus Halle wird der Volks-Rtg. berichtet: Vor dem Kriegsgericht der 8. Division war der Reservist Friedrich Stior wegen Ungehorsams und Beharrens im Ungehorsam angeklagt, weil er am Sonnabend, 21. April, auf dem Truppenübungsplatz in Altkungradow, wo er zu einer Uebung einbezogen war, aus religiösen Gründen keinen Dienst tun wollte. Als in der dritten Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 68 am Sonnabend, den 21. April, morgens, der Befehl erging: „Hörtig machen zum Dienst“ erklärte Stior, er tue unter keinen Umständen Dienst, denn er sei Advenist und vom siebenten Tage. Er sei früher Eisenbahner gewesen, jetzt Militärschüler geworden und müsse den Sabbat auf jeden Fall heiligen. Sonnabend tue er keinen Dienst, und wenn es sein Leben koste. Der Unteroffizier, der Feldwebel, der Leutnant, der Hauptmann und der Major gaben sich große Mühe, den Angeklagten zu bewegen, Dienst zu tun. Er erklärte aber weinend, er tue keinen Dienst. Seine Mutter habe ihn zu der Adventistenlehre befehrt und gesagt, das, was diese Sekte lehre, sei das Richtige. Der Knecht müsse den Herrn darratig erziehen, daß der Herr Sonnabends vom Knecht nicht Unrechtes verlange. Der Angeklagte, der während seiner früheren Dienstzeit evangelisch war, sich gut geführt hat und als braver Kamerad galt, ließ sich auch durch die Kriegsrichter von seiner religiösen Ueberzeugung nicht abbringen. Er blieb dabei, Sonnabends wird kein Dienst getan. Man bestrafte ihn für diesen unreligiösen Standhaftigkeit entsprungenen Ungehorsam mit 2 Monaten Gefängnis und führte ihn in die Haftzelle. Die Sache muß notwendigerweise den Verlauf nehmen, daß sich dieser Strafe anbauend wiederholen wird, so oft dieser Reservist zu einer Uebung einbezogen ist und Sonnabends dem Gehorsam verweigert.

Womit sich die Militärjustiz befaßt. In Greiz fand dieser Tage der Militärtribunal vor Gericht. Er war ein von militärischen Standpunkt aus wohl sehr bedenklichen Straftat angeklagt worden. Der Angeklagte hatte das getan, was Gottfried August Bürger in seinem Gedicht von dem Weibern in Weinsberg in den Reim gefasst hat:

„Für Schulen, daß ihr's alle wißt, soll hängen, was die Wand be...“ Diese Straftat hatte der Militärtribunal vor Gericht. Er war ein von militärischen Standpunkt aus wohl sehr bedenklichen Straftat angeklagt worden. Der Angeklagte hatte das getan, was Gottfried August Bürger in seinem Gedicht von dem Weibern in Weinsberg in den Reim gefasst hat: „Für Schulen, daß ihr's alle wißt, soll hängen, was die Wand be...“

des mit ihm auf hoher Hand, hatte ihn dem Hauptmann benutzend. Das Standrecht sprach den Angeklagten frei. Daraus legte der Vorsitzende Bezug auf ein. Vor der zweiten Instanz wird der Angeklagte durch zwei ärztliche Gutachten nach, daß er blasenleidend ist, ferner kam ihm zu Ratte, daß außer dem einen Reigen niemand von der Straftat etwas gesehen hatte. Allerdings schrieb der Staatsanwalt in seinem Gutachten, daß der Mörder bei Anwendung von Gewalt das Bedürfnis hätte zurückhalten können. Das Gericht erkannte in diesem kritischen Fall auf Einstellung des Verfahrens, weil ein Wachtvergehen nach seiner Ansicht nicht vorlag. Aber damit ist die Angelegenheit für den Mörder Richter immer noch nicht erledigt. Jetzt wird die Urat nämlich auf dem Disziplinärwege weiter verfolgt werden.

Die Diktionskommission des Reichstages begann gestern die zweite Beratung der Diktionsvorlage. Eine lange Besprechung schloß sich zunächst an die Frage der Freitarife auf Eisenbahnen. Dazu waren eine Reihe von Anträgen eingebracht. Staatssekretär Graf Posadowski erklärte für den Beschluß erster Lesung, unbegrenzte Freifahrt auf allen Bahnen während der Tagung. Schließlich wurde ein Antrag Dr. Wachnig (Frel. Agg.) gut geheißen, für die Dauer der Sitzungsperiode sowie acht Tage vor Beginn und acht Tage nach Schluß derselben Freifahrt auf allen deutschen Eisenbahnen den Mitgliedern des Reichstages zu gewähren und zwar mit 15 gegen 6 Stimmen. — § 2, Abzug von 20, nicht 30 Mark für jede veräumte Sitzung oder namentliche Abstimmung wurde, wie in erster Lesung, angenommen.

Justizminister und Agrarierkammer. Am Rande der Reichsversammlung wurde vor fünf Jahren unter Leitung des hochselbständigen Deponierates Ring die Reichszentrale in Berlin begründet. Infolge bedenklichen Wirtschaftens der Zentrale erlitten aber die märkischen Bauern beträchtliche Verluste bei diesem Unternehmen, und dem agrarischen Leiter wurden in den Generalversammlungen arge Vorwürfe gegen das Genossenschaftsgesetz z. vorgebracht. Als das Kammergericht vor einiger Zeit das bekannte Urteil zu Ungunsten des Herrn Ring fällte, sandte der Reichsminister die Sache an das höchste Reichsgericht eine Art Berufung. Die Zentralverwaltung in Regierungsratsbüros in Berlin, die den Schlichter des Hofes erregte. Nach einer ausführlichen Mitteilung vom 3. Mai hat der neue Justizminister, der hierfür als oberster Vertreter der Staatsanwaltschaft zuständig ist, in der Untersuchung gegen den Deponierat Ernst Ring und Genossen wegen der behaupteten „Geheimübertragung im Dienstausführewege des Gezeichneten veranlaßt“ und im übrigen „der Sache Fortgang gegeben“.

Nichters Blumenberg und seine Betrügereien. Das Reichsgericht in Leipzig hob gestern das Urteil des Landgerichts Blumenberg und den Agenten Eppner bezüglich eines Amtsvergehens auf und verwarf im übrigen die Revision.

Geschichte vom Rücktritt des Grafen Goluchowski sollen nach dem „Berl. Tagebl.“ nicht ganz unbegründet sein. Der „brillante Sekundant“ werde in nicht allzuferner Zeit österreichischer Botschafter sein, und zwar nicht in Berlin, sondern in Paris.

## Ausland.

Die große Wahlkluft in Frankreich ist ausgefüllt, die auf die Stichwahlen, deren Resultate aber schon jetzt ziemlich klar zu übersehen sind, so daß ein einigermaßen klares Bild von dem Gesamtergebnis bereits als vorliegend erachtet werden darf. Damit ist über die Politik Frankreichs auf vier Jahre entschieden. Die gewaltigen Antreibungen des Nationalismus und Nationalismus, dem politischen Leben für die Zukunft eine reaktionäre Färbung zu geben, sind selbsterfüllt, ihre Hoffnungen, die Kleinbürgerlichen und bäuerlichen Elemente durch die „sozialistischen Schreden“ einschüchtern und für ihre reaktionären Tendenzen einzufangen zu können, hat sich nicht erfüllt. Die große Auslandsbewegung, die während der Wahlzeit ausbrach, wurde von ihnen mit allen Mitteln des Truges und der Demagogie ausgegürtet, um die Gefahr des Sozialismus zu zeigen. Und die widerspruchsvolle und unsichere Haltung des „radikalen“ Ministeriums Sarrien-Clémenceau, das gegen die Reaktion ein ausgleichendes Projektionsverfahren und gegen die Auslandsbewegung ein ungeheuerliches Aufgebot von Militärgelehrten ins Feld führte, schloß die Pläne der liberal-nationalistischen Reaktion zu begünstigen. Aber es kam anders. Die Pläne der Rückwärtler sind durch das französische Volk zurückgelehnt worden und gerade hier von allen Seiten am heftigsten bekämpfte Sozialismus hat bedeutende Fortschritte erreicht. Mit Hilfe des allgemeinen und gleichen Wahlrechts bestimmt das französische Volk souverän sein politisches Gesicht. Keine Wahlrechtsgeometrie macht den gleichen Anteil aller Staatsbürger an der politischen Macht illusorisch, auf je 100,000 Einwohner wird — im Gegensatz zu Deutschland — tatsächlich ein Vertreter in das Parlament gewählt, aus dessen Mehrheit die Regierung gebildet wird. Nur die Einführung des Proportionalwahlrechts fehlt, um das französische Wahlrecht völlig demokratisch und gerecht zu gestalten. Nach den bis jetzt festgestellten Ergebnissen ist die Wahl bei starker Beteiligung überraschend günstig für die Republikaner ausgefallen. Bisher sind 589 Resultate bekannt. In der Provinz und in Paris sind starke Verluste der Reichsparteien zu verzeichnen. Die Progressiven verloren von 77 Mandaten 21, die Nationalisten von 52 befehlten 8, sie gewannen 2. Die vornehmsten Bezirke in Paris blieben nationalistisch. Gewählt sind 33 vereinte Sozialisten, 9 nicht vereinte, 164 Radikale und Radikalsozialisten, 56 Linksrepublikaner, 55 Progressiven, 110 Rechte; 155 Stichwahlen, 144 sind den Republikanern günstig. Die bourgeoisdemokratische Mehrheit ist gesichert. Als Haupterkenntnis anerkennt die Presse das riesige Anwachsen der sozialistischen Stimmen; bei der letzten Wahl erhielten beide Richtungen 800,000 Stimmen, diesmal die geeinte Partei mindestens eine Million. Der Zuwachs wurde teils den Radikalen, teils den Reaktionären abgewonnen. Jaures regte mit 240 Stimmen Mehrheit, Guesde, Audebert, Roubaix gegen Rote. In Paris Allemane sichere Stichwahl gegen Nationalisten. Ebenfalls Groussier gegen Oberst Marchand, Sembat, Roubaix, Chauberte, Bailland übergeben. Trouille, Pozier neugewählt. Millereand bestieg mit reaktionären Stimmen Lafarge. Große Fortschritte sind im Norden zu verzeichnen. Delors, Basly, Lamendin übergeben, bescheiden Bouvet, Presse in Limoge, wo unübrig Gemeindevorstand verloren, behauptet. Bei den Sozialisten herrscht ungeheurer Jubel. Die vereinigten Sozialisten besaßen 89 Mandate, fünfzig wohl 60. Im übrigen ist es schwierig, Vergleiche zwischen den Wahlen verschiedener Legislaturperioden anzustellen, weil die Grenzlinien, insbesondere bei den bürgerlichen Parteien, stets fließende sind. Sober aber sieht über dem Zweifel fest, daß die Wahl eine entscheidende Wende der konservativ-liberal-reaktionären Umtriebe und eine ebenso entscheidende Verstärkung der äußersten Linken bedeutet. Und das ist doch überaus erfreulich an dem Bilde, das die Wahlen darbieten.

Wieder in Freiheit gesetzt wurden der Sekretär und der Stabwaller des allgemeinen Arbeiterverbandes in Paris. Sie wurden bekanntlich wegen Beteiligung an der am 1. Mai festgesetzten Feiern verhaftet.

Ueber die Verhältnisse in Frankreich liegen folgende Mitteilungen vor: Bei der Verhaftung der Wahlresultate in Montpeller entstand unter der Bevölkerung eine Panik, wobei verschiedene Personen, darunter auch ein sozialistischer Gemeindevorstand, schwer verletzt wurden. In Caroux wurden bei den Wahlen zwei Genossen verhaftet, darunter einer istlich. Die Polizei verhaftete in Paris einen Anarchisten, Namens Dostal, der den Polizeibeamten beißigen Widerstand entgegensetzte. Er wurde mit einem Dolche bewaffnet und hatte, nachdem er zwei Polizeibeamte übergriffen, sich in ein Wohnhaus geflüchtet, wo er erst nach

mehrständigem Suchen von der Polizei festgenommen und verhaftet werden konnte.

In Coniethes kam es nach Verlesung des Wahlergebnisses zu einem Streit, bei dem ein Wähler durch einen Messerstich ins Herz getötet wurde.

Ein Grenzkonflikt, der sich um ein Objekt von ganz geringem Werte dreht, hat nichtbedeutender aber große weltpolitische Bedeutung innezuhaben, ist zwischen England und der Türkei ausgebrochen. Es handelt sich dabei um einen schmalen Küstenstreifen am Roten Meer, um dessen Willen die Türkei in unbegreiflicher Ausmaßigkeit und Verblendung England in die Schranken lockert. Dieses Beginnen ist gerade jetzt umso unbedeutender und tollwüthiger, als auf der Konferenz in Algier zwischen England und Rußland die bekannte Annäherung festgefunden hat, die für die Türkei insofern schwere Gefahren in sich schließt, als es gerade die Feindschaft zwischen Rußland und England war, die die Türkei bis jetzt aufrecht erhielt. Gegen Ende des russisch-japanischen Krieges war die politische Lage ungemein interessant. Die Neuarrivierung der Mächte stand vor der Kristallisation: Schließt sich Rußland dem deutschen Reiche an und geht es nach Südwesten, oder schließt es sich England an und geht nach dem Vorpazifik? Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Es gelang, eine russisch-englische Annäherung anzubahnen, die hoch perfekt wurde. In dem Maße, wie sich die neue Lage klärte, rückten sich die Blick aller denkenden Politiker auf Konstantinopel. Man sagte sich: Was wird jetzt in Konstantinopel geschehen? Wer wird Abdul Hamid die Wendung der Dinge? Wird er dem „glänzenden Ischlern“ Deutschland abgeben und sich dem Bunde Ost- und Westeuropas nähern? Oder wird er sich bindungslos ins Verderben stürzen? Da jetzte Abdul Hamid, daß er — wie alle untergeordneten Despoten — das eine und das andere ist. Wegen eines Fehlers zwischen dem ägyptisch-türkischen Grenze forderte er das britische Reich heraus. Dem britischen Reiche stehen Frankreich und Rußland zur Seite, selbstverständlich auch Italien und die Balkanvölkerstaaten, während Abdul Hamid diesen Zweck nicht anders zu nutzen weiß, als den jüngsten Söhnen des heutzutage Kaiser's Geheule zu schickeln. Nun hat nach einigen Wochen regen diplomatischen Unterhandlungen England ein Ultimatum an die türkische Regierung gerichtet, in der es fordert, die besetzten Gebiete auf der Sinai-Halbinsel bis zum 14. Mai zu räumen, die niedergeworfenen Grenzposten bei El Arish wieder herzustellen und eine Kommission zu ernennen, um die türkisch-ägyptische Grenze abzugrenzen. Der Sultan wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Weigerung der Türkei, auf diese Forderung einzugehen, schwere Folgen haben würde. Es wird keine besondere Maßnahme erwähnt, man weiß jedoch, daß ein Druck durch die Flotte in Gestalt einer Blockade demonstrativ in türkischen Gewässern, verbunden mit der Besetzung eines Hafens oder einer Insel, der erste Schritt Englands sein würde. Man ist in englischen Kreisen davon überzeugt, daß die türkische Regierung vor Ablauf des Ultimatus nachgeben wird, und glaubt, daß die nächste Folge des Streites die Entlassung des Russen Pascha sein werde, der den Sultan augenblicklich in Kegypten vertritt und dem man den Vorwurf macht, ein doppeltes Spiel zu treiben. Inzwischen hat die gesamte englische Mittelmeerflotte den Befehl erhalten, nach Osten zu fahren.

Der nächste Internationale Kongress für Schulgesundheitspflege, der zweite seiner Art, wird im August 1907 in London abgehalten werden. Der englische Hygieniker Lauder Brunton, der zum Präsidenten des Kongresses bestimmt worden ist, stellte fest, daß der erste Kongress für Schulgesundheitspflege 1904 in Marburg an der Lahn abgehalten wurde, indem dort zuerst anerkannt wurde, daß die Erziehung nicht trennen von der Hygiene und die Hygiene nicht trennen von der Erziehung sein kann. Die Franzosen haben jetzt ihr Interesse an dem neuen Kongress am stärksten bekundet, jedoch ist es ziemlich sicher, daß sich kein größeres Land der Erde von der Beteiligung ausschließen wird. Brunton sagte, daß der Kongress einer der größten und wichtigsten zu werden verspreche, die in London abgehalten worden wären. Von Indien und anderen englischen Kolonien her sollen Vertreter an dem Kongress besonders eingeladen werden. Ein anderes Mitglied des Ausschusses betonte, man müßte besonders darauf hin arbeiten, daß die Lehrer in den Grundschulen der praktischen Gesundheitspflege eine Vorbildung genossen haben sollten, um sie gegenüber den Schülern zur Geltung bringen zu können.

Ein politischer Sensationsprozess begann in Sofia gegen das Organ der Nationalpartei, die Zeitung „Mir“, die den Ministerpräsidenten Generalmajor Petrow und den Kriegsminister General Samow beschuldigt hatte, bei der Patronatsbesetzung im Jahre 1903 Bestechungsgelder in Höhe von 185,000 Frank angenommen zu haben. Ein Hauptzeuge, der Unternehmer Kizelow, machte die beiden Minister schwer belastende Aussagen, die großes Aufsehen hervorriefen.

Die Generalrat der Marokkokerzen werden vom Sultan unterzeichnet werden, nachdem der Maghzen ihm hierzu dringend geraten hat. Der Maghzen erkannte an, daß die Konferenz selbst und ihre Beschlüsse nur zum Wohle Marokkos dienen. Damit wird die Romdie hoffentlich ihr Ende finden.

In Marokko kämpfen mit Rebellen ist es wieder in Marokko gekommen. Die Stärke der Streitkräfte des Sultans wird auf 3500 Mann, die der Rebellenstreitmächte auf 7500 berechnet. Auch im Süden soll eine auffällige Bewegung im Gange sein, wonach der Bruder des Sultans daselbst zum Sultan des Südens ausgerufen werden sollte. Doch wird diese Nachricht von fest aus entschieden dementiert. Endlich hat in der Landeshauptstadt in Fez, die Entwertung des marokkanischen Kupfergeldes große Verorgnis und Unzufriedenheit hervorgerufen.

Eine anarchistische Verschwörung ist wieder einmal in Barcelona entlarvt worden. Sechzehn Anarchisten wurden festgenommen und acht Bomben gefunden. Wegen Mangels an Beweisen für ihre Schuld mußten die Verhafteten jedoch bald wieder freigelassen werden. Den Spiegeln will nichts mehr gelingen.

Für die allgemeinen Parlamentswahlen in Belgien haben die Führer der verbannten Oppositionsparteien ihr Wahlprogramm aufgestellt. Es läßt sich kurz in die vier folgenden Hauptpunkte zusammenfassen: Schulwesen, Einführung des dreijährigen Dreijährigen, Wahlreform durch Beseitigung des Mehrmännerstimmens und Einführung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts und Arbeiterengesetzgebung.

## Dresdener Nachrichten.

Dresden, den 9. Mai.

\* Genosse Klüh wurde heute Vormittag vom Dresdener Schöffengericht wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung in drei Fällen zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte eine Woche Gefängnis beantragt. Es handelt sich um Streiknotizen unter der Rubrik „Mitteilungen aus den Gewerkschaften“ betreffend die Diagnose Luftfabrik, eine Schufabrik in Dresden und einige Schiffbauer-Streiks. Näherer Bericht folgt morgen.

\* Von dem Hamburger Arbeitswilligen-Transport, der am Sonnabend Abend in einer Stärke von 250 Mann für die Hamburg-Amerika-Gesellschaft auf dem hiesigen Märkischen Bahnhof abging, ist ein nicht unerheblicher Teil wieder in Dresden angekommen. Man scheint also recht bald in der Spazierfahrt nach Hamburg ein Haar gefunden zu haben. Wenn man übrigens den Angeworbenen in Dresden verhaftet hatte, daß sie nur für die Dauer der Ausperrung der Hamburger Schauerleute in die Höhe ein-

springen sollten und dann wieder unentgeltlich juristisch gefördert würden, so teilen die Hamburger Arbeiter jetzt mit, daß sie die Ausgesperrten nur teilweise wieder einstellen würden, da ihre Stellen andernorts besetzt seien.

\* Zwei Boykottführer, die Genossen Daum und Altmann, hatten sich am Dienstag wieder wegen Vertreten von Boykottzetteln vor dem Schöffengericht zu verantworten, nachdem sie gegen die erhaltenen Strafbefehle Einspruch erhoben hatten. Da die „Zat“ in einem Falle erwiesen und im anderen von selbst zugegeben wurde, haben auch diese beiden je 10 Mk. Strafe zu zahlen.

\* Der Arbeiter-Abstinenz-Berein hält am Donnerstag, Abends 8 Uhr, im Zimmer 5 des Generalschaffhanes eine Mitglieder-Versammlung ab, zu der möglichst vollständiges Erscheinen erforderlich ist, da es sich um die Neuwahl des Vorsitzenden handelt.

\* Eine „Volkswacht-Agitation“ beabsichtigt am künftigen Sonntag der Landdistrikt IV des Sozialdemokratischen Vereins zu veranstalten. Alle Genossen des Distrikts, vor allem die Radfahrer, werden ersucht, sich zu diesem Zweck Sonntag, den 13. d. Mts., früh 1/2 8 Uhr, in dem bekannten Lokale recht vollständig einzufinden.

\* Ein fälschlicherweise Druckfehler hat sich in der gestrigen Nummer unseres Blattes in die Notiz „An die Eltern und Vormünder“ eingeschlichen. Der letzte Satz des ersten Absatzes muß natürlich heißen: „Jeder Vater, jeder Vormund sollte dahin wirken, daß von seinem Kinde keine Ueberstunden gemacht werden.“

\* Benefiz-Oper Will im Thalia-Theater. Sonntag, den 13. Mai findet im Thalia-Theater eine Aufführung des lustigen Volksstückes von Adolf L'Arronge „Dasemanns Tochter“ am Benefiz unseres beliebten Komikers Oskar Will statt. Der Benefizant spielt den Dasemann, eine seiner besten Rollen, in der er schon wiederholt größten Beifall errungen. Als Gaststar wird sich Fräulein Marie Will am Abend ihres Vaters zum ersten Male dem Dresdener Publikum vorstellen. In den anderen Rollen wirken die Herren Vogt, Wendt, Bernau, Senius und die Damen Konzad, Mäher-Siegenann, Helbrand mit. — Der Billetverkauf beginnt Freitag von 10-12 Uhr im Thalia-Theater und können Vorbestellungen daselbst schon jetzt schriftlich angemeldet werden.

\* Schlägerei. In der Nacht zum 7. d. Mts. entstand vor einem Lokal auf der Weinstraße eine große Schlägerei, bei welcher ein Arbeiter schwer am Kopf verletzt wurde.

\* Gefohlen wurden aus einer Kutschstube auf der Rindorferstraße mittels Einbruchs ein Sommerbergier, ein dunkler Kugag, eine Remontuhr und eine Kette.

\* Vermißt werden: seit dem 5. d. Mts. der 16 Jahre alte Malerlehrling Alfred Schließ, Weissenburgerstraße 5, und der 16 Jahre alte Töpferlehrling Robert Satt, Vohrauerstraße 46a.

\* Die geführte Gefährte. Am 6. d. M. wurde auf der Friedrich-Wilhelmstraße ein obdachloser Arbeiter in hilflosem Zustande aufgefunden. Er wurde in das Arbeiterhospital gebracht, wo nun noch der innigsten eingetretene Tod festgestellt werden konnte.

## Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

\* Achtung, Schmiege! Mittwoch Abend findet im Gewerkschaftshause eine Mitglieder-Versammlung statt, zu der pünktliches Erscheinen erforderlich ist.

## Neueste Nachrichten.

### Genosse Klüh

ist soeben aus der Haft entlassen worden. Das Oberlandesgericht hat der Beschwerde des Verteidiger Justizrat Hein stattgegeben.

### Zum Gottesberger Streik

melbet die „Schlesische Zeitung“: Nach fast neunwöchigem Auslande scheint nun doch endlich Aussicht auf Einigung eingetreten. Die Ausführenden haben in fünf Beleghefts-Versammlungen erklärt, daß sie von der Forderung eines Minimal-Lohnes absehen wollen. Die Lohnkommission hat bereits eine dementsprechende Reduzierung der Lohnforderungen vorgenommen. Gefordert wird nunmehr ein Hammer-Durchschnitts-Lohn von 3.80 Mark und danach eine prozentuale Regelung der anderen Arbeiterkategorien. Zur Bedingung wird außerdem gemacht, daß den Streikenden nach Wiederaufnahme der Arbeit eine humane Behandlung zuteil wird, daß keine Maßregelungen erfolgen und daß die bereits angeführten Bergleistungen (Deputatoble usw.) seitens der Werkverwaltung auch gewährt werden. Mit diesen neuen Forderungen ist die Streikleitung aus neue bei dem Berggewerkegericht in Waldenburg vorbestellt geworden. Gleichzeitig sind die Sozial-Landrate von Waldenburg und Landeshut aus Vermittlung angegangen worden, die sie unter der Bedingung bereit ausgesagt haben, daß die Arbeiter von der Forderung eines Minimal-Lohnes Abstand nehmen.

### Zum türkisch-englischen Konflikt.

Der Minister des Auswärtigen überreichte am Dienstag im Namen des Sultans dem englischen Botschafter solche Vorschläge, daß eine baldige Beilegung des englisch-türkischen Konfliktes zu erwarten ist. — Aus Paris wird dem „Daily Chronicle“ gemeldet, daß die Türkei Verdrängungen nach Dafa und El Arish bringe. Auch ägyptische Truppen werden mobil gemacht, um nach der Sinaihalbinsel abzugehen.

### Zum Kabinettswechsel in Rußland.

Das russische Kabinett wird verhaftet. Der Schluß des Geschäftsjahres des Ministerkabinetts ist nicht so am Ende genommen worden. Fürst Dolensky ist seines Amtes als Oberprokurator des Heiligen Synods enthoben unter Befehlung in seiner Eigenschaft als Mitglied des Reichstages. Der Minister für Verkehrswesen Kowalew ist seiner Stellung enthoben. Der Chef der landwirtschaftlichen Verwaltung Mikolich ist seiner Stellung enthoben, an seine Stelle tritt Stikhsin. Der Finanzminister Schipow ist seines Amtes enthoben; desgleichen der Unterrichtsminister Graf Tolstoj, an dessen Stelle der Senator Kowalew tritt. Der Reichsminister Filoffow ist seines Amtes enthoben unter Ernennung zum Minister des Reichstages; an seine Stelle tritt der Senator Kowalew. Der Justizminister Kizelow ist seines Amtes enthoben unter Ernennung zum Minister des Reichstages; an seine Stelle tritt sein Gehilfe Sotnikow. Der russische Gesandte in London, Graf Gortchakow, ist seines Amtes enthoben unter Ernennung zum Minister des Reichstages; an seine Stelle tritt sein Gehilfe Sotnikow. Der russische Gesandte in London, Graf Gortchakow, ist seines Amtes enthoben unter Ernennung zum Minister des Reichstages; an seine Stelle tritt sein Gehilfe Sotnikow. Der russische Gesandte in London, Graf Gortchakow, ist seines Amtes enthoben unter Ernennung zum Minister des Reichstages; an seine Stelle tritt sein Gehilfe Sotnikow.

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Rabl. — Redaktion und Expedition: Neue Gruppenstr. 5/6. — Druck von Oskar Schick. — Druck von Oskar Schick. — Druck von Oskar Schick.

Warenhaus

Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend

# Gebr. Barasch

den 10. Mai  
den 11. Mai  
den 12. Mai

## Neuerungen im Erfrischungsraum

Grafenorter  
Silberquell } gratis

Zur Einführung des von uns zum Alleinverkauf übernommenen Tafelmessers berechnen wir während der oben bezeichneten 3 Tage anstelle Trinkwassers

**Grafenorter Silberquell.**

Kaffeemischung } Tasse  
„Globus“ } 10.

Um die als Spezialität neu eingeführte Kaffeemischung „Globus“ unserem Kundenkreis bekannt zu machen, berechnen wir aus dieser Mischung hergestellten Kaffees die

**Tasse mit 10.**

Backwaren }  
aus der }  
Böfconditorei }  
Stromenger } beste  
Zutaten

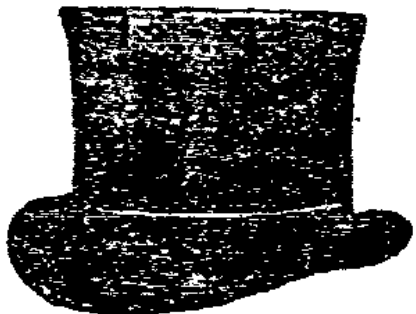
Der neue Abschluss unserer im Erfrischungsraum geführten Torten und Kuchen wurde mit der Bäckconditorei Adolf Stromenger gemacht. Als Spezialität empfehlen wir

**Kaiser-Streuselkuchen.**

Ausser den bekannten musikalischen Darbietungen haben wir verschiedene blesige und auswärtige

**Tageszeitungen sowie illustrierte Zeitschriften**

zur geälligen Benutzung ausgelegt.



**Albert Barth**  
Gräßlengr. 12 u. Adalberggr. 2.  
Billigste Quelle für  
Strohüte, Filzhüte  
u. Chapeaux claque.

Zähne 2 Mk. ohne  
H. Reszka, 1000  
noch immer Nikolaitraße 64, I.



**Möbel**

Schränke, Betten, Bänke,  
Kinderwagen.

**Konfektion**  
für Herren und Damen  
zu billigen Preisen.  
Kleinste Anzahlung.  
Bequemste Abzahlung.

**M. Grau Nachf.**  
max. Lärchstr. 31, I.  
Eingang Altbauerstr.

**Auf Kredit!**

**Möbel und Betten**

**Anzüge**

**Überzieher**

**Damen-Konfektion**

**Kleiderstoffe**

**Baumwollwaren**

**Nähmaschinen**

**Kinderwagen**

**Sportwagen**

mit 5 Mark Anzahlung.

**S. Osswald,**

Schuhbrücke 74, L. II. u. IV.

gegenüber der Magdalenenkirche.

Kredit auch nach auswärts.

Kataloge gratis und franko.

Sonntag geöffnet

von 8-9 und 11-2.

Auch gegen bar.

**„In freien Stunden“.**

Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige  
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

**Henkel's**  
**Bleich-Soda**  
Bestes u. billigstes  
Wasch- u. Bleichmittel.

**Die Gleichheit**  
(Frauenzeitung.)

Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.

Die Kenntnis der  
**Buchführung**  
ist wirklich ein  
Schatz fürs ganze Leben!  
Erwerbe ihn in  
**Bäck's Handels-**  
**Schule**  
Herrnstrasse 6.  
Prospekt gratis!  
Eintritt täglich.

**Gute Speisekartoffeln**  
5 Stk. 15 Pf.  
Rennweg 22, Tel. 1029

**Günstigste Gelegenheit.**

Erstklassige deutsche Fahrräder, 1 Jahr Garantie. Mk. 50.-  
mit Doppelglockenlager Mk. 61.-, 66.- u. 70.-

**Corona-Fahrräder,**

Modell 1906 u. 105 Mk. an

**Express-Fahrräder,**

Modell 1906 u. 105 Mk. an

**Phänomen-Fahrräder,**

Modell 1906 u. 105 Mk. an

**Laufdecken** Mk. 2.75, 3.- u. 3.50

1/2 Jahr schriftl. Garantie

Mk. 4.50 u. 4.75

extra prima, 1 Jahr schriftl.

Garant. Mk. 5.50, 6.- u. 6.50

**Leistungsfähige** Mk. 2.20 u. 2.50

1/2 Jahr Garantie

Mk. 3.-, 3.25 u. 3.50

extra prima, 1 Jahr schriftl.

Garant. Mk. 3.75, 4.- u. 4.50

**Leistungsfähige** 40 Pf.

Stetig 70 Pf. 4teilig Mk. 1.-

1/2 Jahr Garantie

extra Hart Mk. 1.- u. 1.25

**Fahrradketten**

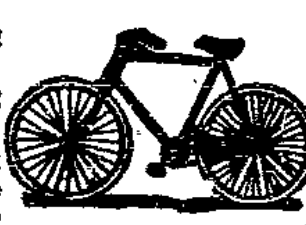
prima Doppelrollketten Mk. 1.50

Leistungsfähige p. Paar Mk. 1.15

**Leistungsfähige** Mk. 2.75

**Konigl. Fahrrad** Mk. 4.50

**Leistungsfähige** Mk. 5.50



**Nähmaschinen**

5 Jahr schriftliche Garantie

Mk. 43.50

**Schwingschiffen** 5 Jahr

Garantie

Mk. 65.-

**Ringschiffen** 5 Jahr

Garantie Mk. 75.-

Für meine erstklassigen

**Orkan-Fahrräder** 6

Leite ich 5 Jahre

schriftliche Garantie, laut

Katalog und Garantieschein. Dies

sind Vorteile, welche Ihnen von

anderer Seite wohl kaum geboten

werden.

Durch günstigen Einkauf von  
**ca. 4500** neuen Fahrrädern  
bin ich in der Lage, die niedrigsten  
Preise zu stellen.

**Bernhard Wedler, Orkan-Fahrrad und Nähmaschinen, Fabrik**  
f. Fahrradteile. Größtes Fahrradband Mittel- und Oberösterreichs, Tirols, Vorarlbergs,  
Öst- und Westpreußens.

# 1. Beilage zu Nr. 107 der „Volkswacht“.

Donnerstag, den 10. Mai 1906.

## Parteigenossen!

Entsprechend dem uns vom Provinzialparteitag in Siegen gewordenen Auftrag berufen wir hierdurch den **12. schlesischen Parteitag** **Polenitz bei Freiburg in das „Gewerkschaftshaus“** (E. Michaelis) auf **Samstag, den 3. Juni 1906 (1. Pfingstfeiertag),** **Vormittags 11 Uhr,** ein.

### Vorkaufige Tagesordnung:

1. Bericht der Agitations-Kommissionen.
2. Die Parteipresse. Ref.: Oskar Heymann.
3. Unsere Teilnahme an Gemeinbewahlen. Referent: Julius Bruhns.
4. Anträge und Verschiedenes.

Zum Parteitag kann jeder schlesische Reichstagswahlkreis einen bis drei Vertreter entsenden. Außerdem sind zur Teilnahme berechtigt die Agitationskommissionen, je ein Vertreter der Redaktion, des Verlages und der Pressekommision der in Schlesien erscheinenden Parteiblätter.

Anträge zum Parteitag müssen bis spätestens 20. Mai bei dem Unterzeichneten eingehen.

Selbst zu werden die gewählten Delegierten ersucht, ihre Teilnahme zu versichern.

Die Agitationskommission für den Bezirk Breslau.  
D. S. H. S., Breslau III,  
Neue Graupenstraße Nr. 5/6.

## Deutscher Reichstag.

97. Sitzung, Dienstag, den 9. Mai, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratliche: Freiherr von Stengel. Zunächst wird die vom Abg. Singer (Soz.) beantragte namentliche Abstimmung über den grundlegenden § 2 des **Zigarettensteuergesetzes**

(höhere Staffelung der Steuer) vorgenommen. 179 Abgeordnete stimmen mit Ja, 112 mit Nein, 3 enthalten sich. Der Paragraph ist also angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der

### Personenfahrartensteuer.

Die Mehrheit hat den Kommissionsantrag auf Kilometerzuschläge fallen lassen und sich auf einen Antrag Becker (nall.) geeinigt, der eine Besteuerung der Fahrarten 1., 2. und 3. Klasse nach dem Preise vorsieht. Die Besteuerung beginnt bei den Willeiten zu 0,50 Mk. mit 0,05 Mk. für die dritte, 0,10 Mk. für die zweite, 0,20 Mk. für die erste Klasse. Die Sätze steigen bis zu 2 Mk. für die dritte, 4 Mk. für die zweite und 8 Mk. für die erste Klasse. Dampfschifffahrarten (mit Ausschluß des Ueberseeverkehrs) werden nach den Sätzen für die 2. und 3. Wagenklasse besteuert. Militär- und Arbeiterfahrarten, sowie Fahrarten 3. Klasse für diezüge ohne 4. Klasse bleiben frei.

Abg. Singer (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung über den Antrag Becker.

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte also die Herren, in so schöner Anzahl wie jetzt weiter hier zu bleiben. (Heiterkeit.)

Der Berichterstatter Abg. Westermann (nall.) erwähnt, daß die Kommissionsbeschlüsse nur mit einer Stimme Mehrheit gefaßt worden seien. (Hört, hört! links!)

Abg. Hüning (nall.): Der Abg. Gothein hat hier gestern in einer sehr wenig vornehmen Form die Kommissionsarbeiten angegriffen. (Hört, hört! links.) Sehr richtig! rechts. Erneuter Widerspruch (nall.) Dies Hans ist auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt, also ist der Wille der Mehrheit dieses Hauses auch der Wille der Mehrheit des Volkes. (Lebhafter Widerspruch links.) Durch die Aufrechterhaltung ihrer ausschließlichen Ansprüche beweist die Linke, daß sie nicht ernstlich an der Reichsfinanzreform mitarbeiten will. (Lebhafter Widerspruch links.) Hier herrscht doch die Mehrheit und nicht die Minderheit, und Ihre Reden (nach links) helfen nichts. — Ideal ist ja die Fahrartensteuer nicht, aber sie liefert hohe Erträge, wie Frankreich und England zeigen. (Lärm bei den Soz.: Dort hat man aber auch die Erbschaftsteuer!) Wir

können ruhig die Fahrarten besteuern, ohne uns den Vorwurf der Verkehrseindlichkeit zuzuschreiben. (Bravo! h. d. Mehrheit.)

Abg. Gumb (Noll.): Die Reden der Herren von der Linken werden uns nicht abhalten, für eine Besteuerung der Fahrarten zu stimmen, die eine Belastung sehr wohl ertragen können. (Beifall rechts.)

Scheimrat v. d. Rehen erklärt, daß möglichst viele direkte Fahrarten hergestellt werden sollen, damit eine Doppelbesteuerung vermieden würde.

### Abg. Lipinsky (Sozialdemokrat):

Der Hüning hat die Linke angegriffen, noch ehe sie zu dem Antrag Becker Stellung genommen hat. Die Schen, die Besteuerten zu besteuern, ist es, die zum Aufsuchen immer neuer Steuerquellen führt. Aber die Herren Patrioten zahlen eben ungenügend für ihren Patriotismus. (Sehr laut! links.) Es ist nicht wahr, daß bei der jetzigen ungerechten Wahlkreis-Einteilung der Reichstag die Stimmung des Volkes widerspiegelt; er ist vielmehr im wesentlichen ein Spiegelbild der bestehenden Klassen. Der Abg. Hüning wies auf Frankreich und England hin. Man ahme doch zunächst einmal das französische und englische Beispiel in der Besteuerung der Erbschaften nach. Statt dessen sucht man an allen Ecken und Enden nach Steuerobjekten herum. Hat man doch schon ernsthaft die Besteuerung der Anwartschaften erwogen. Die Fahrartensteuer ist ein würdiges Seitenstück zur sogenannten Personentaxi-Steuer. Fiskalische statt der Verkehrs-Interessen sind ausschlaggebend in der ganzen Eisenbahn-Politik. Man denke nur an die sogenannten Platzarten, die einfach bedeuten, daß man seinen Sitz in der Eisenbahn doppelt bezahlen muß. Die Freilassung der vier- und Wagenklasse ist nur eine Dekoration und soll dem Publikum Sand in die Augen streuen. Es sind keineswegs allein die Arbeiter, die die vierte Klasse benutzen, und die Arbeiter benutzen nicht nur die vierte Klasse, da sie sich auf weiten Reisen durchweg der dritten Klasse bedienen. In Sachsen gibt es am Sonntag gar keine vierte Klasse, aber die Wagen der vierten Klasse sind sogar die Viehwagen werden am Sonntag als Wagen dritter Klasse benutzt. So fährt man in Sachsen am Sonntag vierter Klasse, zahlt aber den Fahrpreis dritter Klasse. Wöllig falsch ist auch die Behauptung, daß die vorgeschlagene Steuer alle Bevölkerungsklassen gleichmäßig trifft. Die kleinen Geschäftstreibenden, die durchschnittlich 40 Wochen im Jahre auf der Bahn liegen müssen, werden ganz anders getroffen, als die Beamten, die hin und wieder mal zur Erholung reisen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Und das nennen Sie eine Belastung der traufähigen Schulkinder. In den Kommissionsberatungen tauchte auch eine Straßenbahnsteuer auf. Wir wissen ja noch nicht, ob dieser Vorschlag Gesetz werden soll; sollte dies aber der Fall sein, so wird damit den Gemeinden und jeder gesunden Wohnortspolitik ein schwerer Schlag zugefügt werden. Die Erhöhung der Straßenbahnpreise wird die gegenwärtige Dezentralisation der Großstädte verhindern und die Zusammenführung ungeheurer Menschenmassen in dunklen Massenquartieren ins Unermessliche steigern. Bezeichnenderweise hat schon jetzt das sächsische Ministerium versucht, um der Staatsbahn eine lästige Konkurrenz von Pöbel zu schaffen, die Stadt Leipzig zur Erhöhung resp. Abschaffung ihres Einheitspreises für Straßenbahnen zu zwingen. Auch der vorliegende Antrag trifft den weiteren Vorwärtstschritt wie die Strecken Grunwald-Grüner, Spandau-Straußberg usw. Die dritte Klasse wird es sein, die wieder den größten Teil der Steuer aufbringen muß. Bei Reichsfahrarten wird schon eine Strecke von 15 Kilometern besteuert werden. Die Mehrheit hat die Flotte bewilligt, aber den Patriotismus zu bezahlen, überläßt sie anderen. Wir lehnen den verkehrseindlichen, industrieindischen und arbeitseindlichen Antrag Becker rundweg ab. (Lebhafter Beifall h. d. Soz.)

### Abg. Graf Ranitz (Konservativ):

Da 70 Prozent der Reisenden dritter Klasse fahren, so muß naturgemäß die dritte Klasse mehr aufbringen als die anderen. Eine Reichseinkommensteuer wird das mobile Kapital aus dem Lande herausstreifen. Das will ich gerade nicht im Interesse der Arbeiter, als deren Vertreter ich mich fühle. (Schallendes Gelächter links.) In Deutschland sind die wohlhabenden Klassen stärker belastet als in England. Der Sozialdemokrat Georg Bernhardt hat den Uebergang Englands zum Schutzzoll und eine mitteleuropäische Zollunion als notwendige Verteidigungsmaßregel dagegen als unvermeidlich bezeichnet. Man sollte Ihre Interventionen wegen der Russenankündigungen mit einer Interpellation wegen der Nichtausweisung Georg Bernhards und der sozialdemokratischen Partei beantworten. (Stimmliche Heiterkeit h. d. Konz.) Redner polemisiert gegen den Abg. Gothein, den er auffordert, zur konservativen Partei überzutreten. (Abg. Gothein ruft emigret: Nein! Nein!) — Eigentlich bin ich auch gegen jede Verkehrsabgabe. Aber weil der neue Zolltarif leider so wenig einbringt (Lachen links), und das Reichsbudget doch einmal gedeckt werden muß, so stimme ich

schweren Herzens dieser Vorlage zu, in der Hoffnung, daß sie zu einer Staffelung der Personentaxe und zu einer Besteuerung des großstädtischen Straßenbahnverkehrs, mit mindestens einem Pfennig pro Willeit führen möge. (Lachen links. Bravo! rechts.)

Abg. Gerold (Noll.) spricht sich im Sinne des Vorredners aus, polemisiert gegen den Abg. Lipinsky und bezeichnet eine Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer als unvereinbar mit dem föderalistischen Charakter des Reiches. Eine absolut gerechte Steuer gibt es nun einmal nicht. (Beifall im Saal.)

Abg. Werten (freis. Vp.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Hüning. Redner legt einleuchtend an Beispielen dar, daß der Berliner Vorwärtstakt, s. B. die Monatskarten, von der Vorlage schwer getroffen werden. In einer Familie, in der mehrere Mitglieder zu regelmäßigen Fahrten gezwungen sind, wird der Familienvater mehr an Fahrartensteuer zu zahlen haben, als an dreifacher Einkommensteuer. (Hört, hört! links.) So wird der gegenwärtige Fortgang vieler Familien in gesunde Vororte unterbunden werden. Wir lehnen den Antrag Becker ab. (Lebhafter Beifall links.)

Reichssekretär Frhr. von Stengel: Zum Antrag Becker haben die verhandelten Regierungen zur Zeit noch keine Stellung genommen. (Hört, hört! links.) Nach Abschluß der zweiten Lesung der ganzen Finanzreform werden die Regierungen Stellung nehmen. (Lachen links.) Die verhandelten Regierungen hätten allerdings eine etwas stärkere Pranzziehung von Bier und Tabak lieber gesehen. (Große Heiterkeit links.) Andererseits legen sie so großen Wert auf das Zustandekommen der Finanzreform, daß sie vermutlich manche Bedenken zurücksetzen lassen werden, unsofern, als sie unter allen Umständen dem Antrag Becker den Vorrang vor der Kommissionsfassung geben.

Abg. Gräfe (Antif.) wendet sich im Interesse des Mittelstandes gegen die Fahrartensteuer und empfiehlt eine Reichswehrsteuer, eine Champagnersteuer, eine Wertwachstumssteuer und einen hohen Zoll auf importierte Zigaretten. Mit den vorgeschlagenen Steuern schafft man nur antinationale Reichstagsmehrheit. Haben doch die Freilassungen und die Nationalsozialisten mit diesen Steuern ihren Landes- und Hochverrat in Darmstadt bemäntelt. (Lachen links.) Legt man die Steuer unglücklich auf die kräftigen sächsischen Schultern! (Lautes Heil! links. — Stimmliche Heiterkeit.)

Abg. Schrader (freis. Vp.): Man ist einig darüber, daß Geld geschafft werden muß, aber uneinig darüber, wie es geschafft werden kann. Die ganze Steuerpolitik des Deutschen Reiches ist von agrarischem Geiste durchtränkt. (Lebhafter Beifall links.)

Reichssekretär Frhr. v. Stengel: Auf die letzte Bemerkung antworte ich nicht. (Bravo! rechts.) Wenn ich auf alle Widerstände gegen neue Steuern achten sollte, so bestände ich keine Reichsfinanzreform fertig, und wenn ich so alt würde, wie Reichswälfen.

### Abg. Herber (Sozialdemokrat):

Es ist vergebliche Liebeshüte, meinetwegen zu wollen, daß diese Fahrartensteuer wieder die schwachen Schultern besonders schwer belastet. Wohl ist die Steuer bei der 1. und 2. Klasse höher, aber proportional den Einkommensverhältnissen werden die Fahrzüge der 3. Klasse viel schwerer belastet werden. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wenn Graf Ranitz von einer Reichseinkommensteuer die Frucht der Besitzenden fürchtet, so schreibt er damit die schärfste Satyre auf den sogenannten „Patriotismus“ der herrschenden Klassen. — Schwer betroffen wird auch der Sonntagverkehr nach den Distriktsorten werden, und diese Erhöhung wird wieder hauptsächlich die Unbermittelten treffen. Das einzig Gute an dieser Steuerwucherei ist, daß sie unsere aufklärende Agitation fördert. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Gothein (freis. Vp.) polemisiert gegen den Abg. Hüning. Hüning scheint so empfindlich zu sein wie eine englische Risp. (Heiterkeit.) Wenn meine Ausdrücke wenig vornehm sind, so ist es noch weniger vornehm, alle Lasten auf die schwachen Schultern abzuwälzen und sich von direkten Steuern brüden zu wollen. (Sehr laut! links.) Das alle Reden nicht helfen, weiß ich ja. Die Mehrheit will so schnell wie möglich diese Steuerpolitik durchbrechen und das Geld aus den Taschen des Volkes herausziehen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. Wiemer (freis. Vp.) verzichtet aufs Wort. Hiermit schließt die Debatte. Der Antrag Becker wird in namentlicher Abstimmung mit 157 gegen 128 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Präsident Graf Ballestrem teilt mit, daß er den Reichskanzler besucht und ihn in vollem Besitz seiner geistigen und körperlichen Kräfte gefunden habe. (Lebhafter Beifall, besonders rechts.)

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Lesung der Steuergesetze.)  
Schluß 6 1/2 Uhr.

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

**Kunsthygienismus.** Große Aufregung in der Münchener bürgerlichen Presse hat die Tatsache verursacht, daß der über 35.000 Köpfe zählende Münchener Gewerkschafts-Verein seinen Austritt aus dem Verein für vollständige Kunstpflege erklärt hat, weil die Vereinsleitung nicht eher gerührt hat, bis eine bayerische Prinzessin das Protektorat über den Verein übernahm. Als im Jahre 1902 der genannte Verein gegründet wurde, ber die lödende Doppelbeife: „Die Kunst dem Volke, das Volk der Kunst“ auf seine Fahne geschrieben hatte, da hatte man mit warmem Eifer um die Sympathie und die wertvolle Hilfe vieler Tausender erworben, und den Verband der freien Gewerkschaften bringend aufgefördert, mitzuwirken, daß die Schöpfungen unserer großen Tonkünstler zu niedrigen Eintrittspreisen erklingen könnten. Und der Gewerkschafts-Verein trat dem Verein als korporativ-Mitglied bei, hatte drei Delegierte im Vorstand und bewilligte einen Jahresbeitrag von 400 Mark. Mit einer städtischen Subvention von 6000 Mark und einigen Spenden bürgerlicher Kunstfreunde veranstaltete der Verein für vollständige Kunstpflege außer sehr seltlichen dramatischen Aufführungen im Hof- und im Prinzregenten-Theater jeden Winter 22 Volks-Sinfonie-Konzerte. Aber nur vier von diesen waren eigentliche Arbeiter-Konzerte mit ganz populärem Programm und einem Normal-Eintrittspreis von 20 Pf. Es braucht hier nicht besonders gesagt zu werden, daß das wertvolle Volk in hiesigen Schatzen in den Konzertsaal kam und mit Freunden die gebührende Gelegenheit wahrnahm, mit der Kunst, der hohen, göttlichen Himmelstochter, in engerer Verbindung zu treten. Die Leitung des Vereins in dessen, der verschiedene Konsula und Kommerzienräte angehörten, betrachtete die Abhaltung der 18 anderen Volks-Sinfonie-Konzerte, die, wenn nicht von den oberen Vierteltagen, doch vom zahlungsfähigen bürgerlichen Mittelstand mit vollständigem Zuschuß der organisierten Arbeiterschaft befristet wurden, als ihre Hauptaufgabe, die vier Arbeiter-Konzerte als eine Art Almosen. Um die Intendanz der Hofbühne und die hinter dieser stehenden Hofkapelle zu bewegen, den Verein rücksichtslos das Hof- und Prinzregenten-Theater zu vollständigen Klaffler-Vorfstellungen zu Verfügung zu stellen, kamen nun einige oedensläuferne „Diplomaten“ des Vorstandes auf die Idee, für den Verein mit ausgesprochen demokratischen und zentralen Zielen einen möglichst hohen Protektor zu suchen. Die Gewerkschafts-Delegierten stellten den Byzantinern darauf natürlich die Alternative: entweder Verzicht auf die fürstliche Protektion oder auf die Beteiligung des wertvollen Volkes. Selbstverständlich hielten die Konsula und Kommerzienräte die Patronage einer bayerischen Prinzessin für wertvoller, als eine ideale Kunstpflege an der Seite des Sozialdemokraten und anderer Protestanten.

Prinzessin Theresia von Bayern wurde eingetauscht für 37.000 Münchener Gewerkschaftler! Der Verein für — hoffähige Kunstpflege wird deswegen nicht zu Grunde gehen, denn wer die Macht hat, hat auch das Recht, „vollstündliche“ Konzerte und Theater-Aufführungen für Freischüler aus der kapitalistischen Unterschicht zu veranstalten.

## Aus aller Welt.

**Ein Weinbauers-Prozess.** Nach sechstägiger Verhandlung wurde der Weinbauer Koppel aus Neustadt a. d. Saale wegen Vergehens gegen das Weingesetz und Betrugss zu 3 Wochen Gefängnis, die durch die Unterlassungshaft als verbüßt erachtet wurden, und zu einer Geldstrafe von 4000 Mark verurteilt. Ferner wurde die Eingehung des beschlagnahmten Weines verurteilt.

**Auf der Berliner Untergundbahn** ist infolge Kurzschlusses in der Sonntag-Nacht eine Panik hervorgerufen worden. Kurz vor der Einfahrt eines Zuges in die Station Zoologischer Garten schlug in einem Wagen plötzlich eine mächtige Feuerkugel empor und der Fahrgast, welche glaubten, daß der Wagen brenne, bemühtigte sich eine ungeheure Aufregung. Erichson hob alles nach den Augenblicken, wo es ein fürchterliches Gedränge gab. Ein Matrosen wurde von nachfolgenden Fahrgästen mit solcher Gewalt gegen die Wagenwand gedrückt, daß er Querschnitten erlitt.

**Eine neue Glimmenmaschinen-Explosion** erfolgte in dem Dorfe Mont Rouge bei Paris im Zimmer eines ausländischen Tischlers. Wie sich herausstellte, war dieser mit der Herstellung einer Glimmenmaschine beschäftigt gewesen, die plötzlich explodierte. Der durch die Explosion angerichtete Schaden ist unbedeutend. Der Tischler, in dessen Zimmer eine zweite Bombe gefunden wurde, wurde mit zwei Gefährten verhaftet.

**Eine schwere Explosion** ereignete sich im Kalbeswert Alfeld. Vier Bergleute erlitten derartige Brandwunden, daß sie alsbald verstarben. Drei Arbeiter wurden durch das Einatmen giftiger Gase betäubt; einem von ihnen gelang es, sich trotzdem in den freien Schacht zu retten und die dort arbeitenden übrigen Mannschaften zu benachrichtigen. Diese im Verein mit den angezogenen Rettungsmannschaften drangen durch Sauerstoffapparate geschützt in die Stredie ein, um es gelang nach fast vierstündiger Arbeit, die drei Leute noch lebend herauszubekommen; von diesen sind zwei schwer krank, der dritte ist fast unverletzt; die vier Toten, durch Brandwunden am Leib tödlich entsetzt, wurden später gutartig getötet. Dem Unglück ist wahrscheinlich durch einen sogenannten Rüssel, in dem sich giftige Gase angesammelt haben, entstanden.

**Wieder verschmähter Liebeserwerb** in Berlin der 34 Jahre alte Pantföhrer, früherer Student der Theologie, von Rawood, die geschiedene und verwitwete Hausbesitzerin Hedwig in ihrem Saal

vor der Korridor ihrer Wohnung. Er selbst oerwundete sich so schwer durch einen Schuß in die Schläfe, daß er auf dem Transport nach der Charite verstarb.

**Flüchtig geworden** ist der Geschäftsführer der Firma Bertha Hermes in Aachen, die in zahlreichen Städten Westdeutschlands Filialen besitzt, Hans Schmitzler, nach Unterschlagung von 50.000 Mk. Außerdem hinterläßt er bedeutende Schulden.

**Beim Suchen von Alibisamen** stürzte in der Nähe von Rams in Tirol der Schlosser Plattner aus Laubach ab. Er war sofort tot.

**Gefahrensturz.** In Differdingen bei Trier stürzte am Neuen des Hüttenwerkes ein 20 Meter hohes Gerüst ein. Zwei Arbeiter wurden getötet, einer lebensgefährlich verletzt.

**Die „rote Fahne in Wilmersdorf“** bildet gegenwärtig wieder die Ursache eifriger Nachforschungen der dortigen Polizei. Auf dem Turm des Hauses am Kaiserplatz 14 wehte am Morgen des 1. Mai eine über 3 Meter lange rote Fahne mit der Aufschrift „Hoch der Völkler Mai!“ „Hoch das freie Wahlrecht!“ Gegen Mittag wurde die „Malfahne“ von Polizeibeamten entfernt, was gar nicht leicht war, da die Stange fest angeankert war. Auf demselben Dach war schon im vorigen Jahre am 1. Mai eine gleiche Fahne gehißt worden, und zwar ohne Wissen des Besitzers, Architekten Lange, der ein scharfer Gegner der Sozialdemokratie ist.

**Großartige Urnenfunde** wurden am Fuße des Rietberges bei Gochterhof (Lüneburger Heide) gemacht. Ein vollständiger Urnenfriedhof wurde in einer Tiefe von einem halben Meter unter der Erdoberfläche bloßgelegt, der eine Länge von acht und eine Breite von zwei Metern hat. Insgesamt fand man etwa 25 Urnen, von denen 14 unversehrt zu Tage gefördert werden konnten. Die Urnen waren mit feinsten Steinen umsetzt; sie sind 20 bis 30 Zentimeter hoch und haben einen Umfang von 90 bis 125 Zentimetern. In Form und Farbe sind sie sämtlich verschieden.

**Beim Einsturz einer Kirche,** die sich im Bau befand, wurden in Braunsfeld bei Röll mehrere Leute unter den Trümmern begraben. Ein Mann war sofort tot. Da die Bauarbeiter gerade Pause hielten und abseits saßen, wurde größeres Unglück verhindert.

**Vom Nitz erschlagen** wurden zwischen Galden und Elmshausen in Hessen aus einer Gruppe Sozialdemokraten zwei 19jährige Schülerkinder, während einige Frauen schwer verletzt wurden.

**Eine lebensgefährliche Tat** mußte der Bahnarbeiter Giedler in Galden (Ergebirge) mit dem Tode bezahlen. Als er ein zwischen den Schienen liegendes Kind in dem Augenblick zurückziehen wollte, als ein Zug heranbrause, wurde er von der Maschine erfasst und gemalmt. Das Kind blieb unverletzt.

**Eine Menge Dynamit** wurde unter dem Bahndamper der neuen Verbindungsbahn in Lief gefunden. Eine Untersuchungskommission hat sich an den Fundort begeben.

Unser Leitungswasser.

Hat sechs Wochen sind nun ins Land gegangen, seit Breslau unter den Folgen einer stetig bestehenden Wasser...

Jur Sache selbst entnehmen wir heute der bürgerlichen Presse die neueste Verlautbarung, aus der wir zunächst erfahren, daß die städtische Betriebskommission am 2. Mai...

Die von der städtischen Wasserwerk-Verwaltung angeordnete Abklärung der Brunnen, um gewisse verunreinigten Brunnen...

Die ganze Verlautbarung zeugt von der Unklarheit, die auf dem Rathsaße noch über die ganze Sache vorhanden ist.

Die Haftentlassung des Genossen Albert hat bei der Staatsanwaltschaft recht wenig Beifall gefunden. Die Behörde hat die Akten dem Oberlandesgericht eingereicht...

Die katholischen Arbeitervereine versuchen jetzt im Trüben zu fischen, indem sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit in einzelnen Betrieben Ansprachen abhalten...

Aus den Gerichtssälen.

Zahlreiche Verbrechen, im Laufe der Zeit, brachten am Dienstag, des früheren Donnerstag, nachmittags fünf...

Sammen mit seiner Frau rückwärts vor dem Schwurgerichte wegen Betrugs, Weibschänds und betrügerischem Bankrott zu verantworten...

Der Staatsanwalt beantragte wegen der Unterschlagungen bei den Rechtsanwältinnen, und zwar bei Sittla sechs Monate, bei Sachs ein Jahr...

Versammlungen und Vereine.

Eine öffentliche Schneiderbergsammlung fand Dienstag Abend im „Liliput“-Saale statt. Kollege Müller berichtete über das Ergebnis der Tarifverhandlungen...

Was die Versammlung dieses zu sagen fand? Nun, es war selbstverständlich nicht allzuviel. Die Innung hat gezeigt, daß man mit ihr nicht rechnen kann...

Aus Schlesien und Posen.

Wieder ein „Anreizungs“-Projekt flüchtig verpufft!

Anfang Dezember v. J. wurde in Girschbergs Umgegend ein Flugblatt gegen das dreiklassige Interparlament verbreitet, das in holländischen Strichen das Ständeregister der preussischen Innerei enthielt...

Gerand aus den Gänstern

zum Kampfe gegen das Reichsparlament auf. Es enthielt ein ganzer Haufen auf Deserteure, alle so wenig Tage vorher die Arbeiter bei einer gewaltigen Wahlrechts-Demonstration glänzend bewährt hatten...

haben, um dadurch Staatseinrichtungen, den Preussischen Landtag und Anordnungen der Obrigkeit, nämlich die Beschlüsse über die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus, verächtlich zu machen. Vergehen strafbar nach § 130, 181 n. 78 Str.-G.-B.

Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlung berichtet der "Volk" n. a. folgendes:

Im Beginn der heutigen Verhandlung fragt der Verteidiger Justizrat Sellhorn, zunächst einmal an, worin denn eigentlich die erachteten und entstellten Tatsachen bestehen, die bezüglich einer Staatsanwaltschaft, also wohl des Landtages und des Wahlrechts, im Flugblatt behauptet seien? Sowohl der Eröffnungsbeschluss, als auch die Anklageschrift enthielten darüber nichts. Der Staatsanwalt gibt die etwas

überraschende Erklärung ab, daß ihm diese Tatsachen, die von der Beschlußkammer als bestehend angenommen worden sind, nicht bekannt seien. Der Staatsanwalt stellt aber im übrigen den Antrag, wegen Verführung des Staatsinteresses die Öffentlichkeit während der Verhandlung auszuschießen. Der Verteidiger und der Angeklagte widersprechen lebhaft diesem Antrage. Der Gerichtshof kann sich ebenfalls einer solchen Anschauung nicht anschließen und lehnt den Antrag des Staatsanwalts ab, weil eine Gefährdung des Staatsinteresses nicht vorliegend erachtet wird. Weiter beschloß der Gerichtshof, die Verhandlung auf die in der Anklageschrift erwähnten Punkte zu beschränken. Die Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen scheidet also von vornherein aus.

Im übrigen bestreitet der Angeklagte, sich der Aufreizung schuldig gemacht zu haben. Die Arbeiter sollten nur in möglichster einseitiger Weise zum Besuch der Versammlung aufgefordert werden. Auf die wiederholten Hinweise des Vorsitzenden, daß sich Angeklagter doch sagen mußte, daß die scharfen Worte des Flugblattes geeignet seien, verschiedene Bevölkerungsklassen zu

gewalttätigkeiten gegen einander aufzureizen, erwidert er, daß er das nicht kann nach Lage der Sache nicht kommen und er sei bei auch nicht ge-

Der Staatsanwalt stellt ein Vergehen gegen § 130 für vorliegend. Daß eine Aufreizung im Flugblatt vorhanden ist, sei zweifellos. Daß es auch eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten sei, gehe aus der Bezugnahme auf die russischen Arbeiter und damit auf die russische Revolution klar hervor. Durch diesen Hinweis sollen eben die hiesigen Arbeiter aufgefordert werden, in ähnlicher Weise vorzugehen. Bei der Strafzumessung komme einerseits in Betracht, daß der Angeklagte noch vollständig unbekannt ist, andererseits, daß die Sprache des Flugblattes sehr scharf, ja übertrieben scharf sei. Er beantrage deshalb drei Monate Gefängnis.

Verteidiger Justizrat Sellhorn meint zu Beginn seines Plädoyers, er wundere sich eigentlich über nichts mehr. Aber als er gelesen habe, daß man wegen des Inhalts dieses Flugblattes eine Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen erhoben habe, da sei er wirklich ganz erstaunt gewesen. Er vertritt die Meinung, daß es in Wirklichkeit keinen auch nur halbwegs vernünftigen Sozialdemokraten erlaube, zu Gewalttätigkeiten aufzureizen. Dazu könne er die Machtmittel des Staates, die dieser doch sofort gebrauchen würde, und die Ziele der Sozialdemokratie, die nicht auf einen gewalttätigen Umsturz hinauszielen, an gut. Allerdings schließt das nicht aus, daß einzelne Mitglieder und auch einmal ein zusammen geworfenes Volkshaufe Gewalttätigkeiten verübe. Wenn gesagt werde, die Sprache des Flugblattes sei zu scharf, dann müsse man doch berücksichtigen, daß der politische Kampf im allgemeinen sehr scharfe Formen angenommen hat. Die konservativen, antimilitaristischen und agrarischen Blätter gäben bei ihrer Polemik, insbesondere gegen die Sozialdemokratie, den Vätern dieser Partei in der Schärfe des Ausdrucks gewiß nichts nach. Man könne persönlich eine solche Verächtlichmachung des politischen Kampfes beharren, aber man dürfe diese Tatsache nicht abstreiten. Er für seine Person halte die Ausdrücke, wie "Seiblad" oder "Junferparlament" nicht gerade für besonders fein und vornehm, aber dahinter liege doch

eine ganze Dosis Wahrheit!

Das preussische Abgeordnetenhaus sei doch nur einmal eine Vertretung, bei deren Wahl der Volk, d. h. die Vermögensverhältnisse der Wähler maßgebend sind. Das preussische Herrenhaus aber besonders werde infolge seiner Zusammensetzung aus Kreisen ein Junferparlament bezeichnet, die viel weiter rechts stehen. Also ein gutes Körchen Wahrheit enthalten diese Ausdrücke. Keinesfalls sei der Sinn des Inhalts des Flugblattes, die Arbeiter zu Gewalttätigkeiten gegen andere Bevölkerungsklassen aufzureizen. In dem Flugblatt werde nur immer und immer wieder betont, die Arbeiter sollten zu der Versammlung kommen und das sei zweifellos der Sinn jener scharfen Ausdrücke. Es werde behauptet, daß sich der Angeklagte bei der Schärfe der Ausdrücke hätte sagen müssen, das Flugblatt sei geeignet, die Arbeiter zu Gewalttätigkeiten aufzureizen. Aber da wählten sich dann die konservativen Organe, bei denen der Ausdruck "Seiblad" für die Sozialdemokraten oft noch die mildeste Bezeichnung ist und die Antisemitisten bei ihren sehr scharfen Ausdrücken gegen die Juden sich doch ebenfalls sagen, daß sie zu Gewalttätigkeiten gegen die Sozialdemokraten beim. Juden aufzureizen. Kein Mensch fasse aber heute diese Ausdrücke als tatsächliche Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten auf. Von dem Grafen Bäckler ganz abgesehen, der ja doch nur "bildlich" spreche. Der Hinweis auf die österreichischen und russischen Arbeiter spreche im Gegenteil gegen die Annahme einer Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. In Österreich haben sich die Arbeiter durch friedliche Demonstrationen das allgemeine Wahlrecht erzwungen, in Russland dagegen durch Gewalt. Mit dieser Zusammenstellung zweier verschiedenen liegender Fälle sollte also offenbar in dem Flugblatt nur ausgedrückt werden, daß sich die deutsche Sozialdemokratie wohl mit dem Ziel der Sozialdemokraten der beiden anderen Länder, nämlich der Erreichung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts identifiziert, nicht aber mit deren Wegen zur Erreichung dieses Ziels. Aber auch aus einem rechtlichen Grunde müsse der Angeklagte freigesprochen werden. Es sind nicht verschiedene Bevölkerungsklassen gegeneinander zu Gewalttätigkeiten aufgereizt worden. Wollte man wider Erwarten eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten annehmen, dann würde sich diese immer nur nach dem ganzen Sinne des Flugblattes gegen die Regierung und das Parlament richten. Das falle aber, wie das Reichsgericht schon oft entschieden habe, nicht unter den § 130. Aus den angeführten Gründen erscheine die Freisprechung des Angeklagten so zweifellos, daß er auf die Höhe des Strafmaßes nicht einzugehen brauche.

Nach längerer Beratung verhandelte der Vorsitzende folgendes Urteil

des Gerichtshofes. Der Angeklagte ist nicht schuldig und wird daher freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse. Einmal sei es, so führte der Vorsitzende in der Urteilsbegründung aus, bedenklich festzustellen, welche Klassen der Bevölkerung denn eigentlich gegen einander aufgereizt werden sollten. Dann konnte auch weiter nicht festgestellt werden, daß es sich wirklich um Aufreizungen zu Gewalttätigkeiten gehandelt hat. Dieser bewundernswürdige Pressen oder vielmehr diese Anklage dürfte dem Namen Hirschberg in die weitesten Kreise tragen, wenn auch nicht gerade in dem Sinne wie wir es im Interesse unserer Stadt wünschen möchten. Das Urteil aber dürfte dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechen.

In dieser Niederlage der Anklagebehörde stellt sich noch eine andere. Wegen L. war nämlich zugleich wegen eines anderen Flugblattes, das unter der Überschrift: "Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!" zu einer Weltmacherversammlung einladet, Anklage erhoben worden. Auch darin und in dem angehängten Thema: "Krieg auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!" erklärte die Staatsanwaltschaft eine "Aufreizung zu Gewalttätigkeiten". Nach langer Zeit jedoch sah sie selbst sogar die Ausschließlichkeit dieser Aktion ein und die Sache verließ im Grunde.

### Als gemeinsamer Reaktionskandidat

für den Reichstagswahlkreis Preußen-Landmarken hat das vereinigte Komitee aller "deutschgestimmten" Parteien den Generaldirektor der Schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Herrgott Remy, der auf dem Standpunkte der nationalliberalen Partei steht, in Vorschlag gebracht. Eine demnach fast stiftende Vertretungsmehrheit soll demselben Beschluß zustimmen. Stolle oder Remy, das ist im Grunde ganz gleich.

### Ein anderer Gemeindevorsteher.

Wegen Unterschlagung im Amte hatte sich der Postagent Emanuel Wiba aus Schwieben vor der Strafkammer in Gleiwitz zu verantworten. Im Jahre 1898 hat der Angeklagte, der das Amt eines Gemeindevorstehers bekleidet, der das Amt eines Gemeindevorstehers bekleidet, die Verwaltung der Postagentur in Schwieben übernommen und ist daraufhin von der Postbehörde beurlaubt worden. Seit einer Reihe von Jahren besteht in Schwieben unter der Firma Hoyer & Pöhl ein Nachfolger eine Schmelzwerkstatt, die einen ziemlich verzwickten Handel mit Drainierpaten betreibt. Vor einiger Zeit errichtete der Angeklagte ein Konkurrenzunternehmen in Dersa, das die Firma Schwiebener Drainier-Werstatt trug. Von nun an ist er ein Mitinhaber der ersten Firma auf, daß die an diese adressierten Bestellungen nicht in ihre Hände gelangten und beantragt von dem Angeklagten, der sich auf diese Weise die Abwesenheit der Konkurrenz-Kundschaft zu nütze machen wollte, aufgehoben wurden. Man stellte daraufhin dem Angeklagten eine Forderung. Die oben genannte Firma beauftragte mehrere Geschäftsfreunde, bei seiner Firma stinkende Bestellungen auf Postkarten zu machen. Die Karten gelangten nicht in den Besitz des Adressaten; hingegen erhielten die Auftraggeber von der Firma des Angeklagten eine Preisliste übersandt. In einem Falle hatte der Angeklagte D. sogar eine Sendung von Drainierpaten an einen Kaufmann in Gleiwitz effektiviert, der aber die Sendung zurückgehen ließ. Um sich nach außenhin zu schützen, hat D. in solchen Fällen die Frachtbriefe und Drucksachen von einem Arbeiter Dreyer, der in seinem Betriebe beschäftigt war, mit dessen Namen unterzeichnet lassen. Das Gericht erkannte auf 4 Monate Gefängnis.

m. Siegmund, 9. Mai. Feuerwehrtreue aber: Ein Sieg der Vorkämpfer. Ein feiner Feuerwehrtreuer der freiwilligen Feuerwehr wurde eines Abends an einem Brande alarmiert. Das Regalatt schreibt nun vor, daß sich die Wehrmänner bei Ausbruch eines Brandes, auf dem kürzesten Wege anzugemacht an die Versammlungs- oder Brandstelle begeben sollen. Der Wehrfremde benutzte hierzu sein Fahrrad, heute aber das Pferd, das eine Kettlenlaterne nicht funktionierte. Da er seiner Pflicht nachkommen und sich nicht lange aufhalten wollte, so fuhr er, was jeder andere auch getan haben würde, ohne Licht. Jedoch das Auge des Wehrfremden wachte und bald hatte ihn die heilige Hermandad beim Fragen, ob dieses "Fremde". Ein Strafmandat über 2 Mk. traf schließlich ein. Jedenfalls im Gefühl seiner Unschuld, da er ja doch zur Wehr einer Gefahr eilen wollte, legte er gegen das Strafmandat Berufung ein, über die das Schöffengericht heute verhandelte. Der Polizei schien die Einlich gekommen zu sein, daß es besser gewesen wäre, wenn sie das Strafmandat nicht erlassen, und sie wollte es in letzter Minute zurückziehen, aber dies ging nicht mehr. Das Gericht prüfte die Frage, ob ein vorzeitiger Notstand vorgelegen habe, daß der Feuerwehrtreuer zur Überablassung einer gefährlichen Vorrichtung berechtigt gewesen sei; es fand, daß ein derartiger Notstand nicht vorgelegen habe. Berufung mußte also der Wehrmann werden; es geschah dies seitens des Gerichts mit dem Ausbruch des Bedauerns und lautete das Urteil auf 1 Mk. Geldstrafe. Das Schöffengericht aber an der ganzen Geschichte ist, daß der Amtsanwalt eine Erhöhung des Strafmaßes auf 20 Mk. beantragt hatte.

Wunzlau, 8. Mai. Eine Faschingsaufführung leisteten sich am Sonnabend die Hirsch-Dunderschen Gewerbetreuer. Der Reichstagsabgeordnete Goldschmidt war dazu verpflichtet worden und er hielt der Tätigkeit besuchten Versammlung einen langen Vortrag über den Zweck und die Erfolge der Gewerbevereine. Nach den Berichten in den hiesigen Zeitungen hat er weidlich auf die Sozialdemokratie geschimpft; besonders hat er Herrn Goldschmidt die Kaiserer angezogen, die er absolut nicht leiden kann und dachte er seine Schimpfen damit, daß in England und Amerika wenigstens die Sozialdemokraten nicht auskommen können. In England hätten die Arbeiter in ihren Trades Unions nie gelitten, daß diese sich in den Dienst einer Partei stellen. Ferner warnte Rechner vor unüberlegtem Streiks und hob uns in die Schuhe, daß wir uns über unglücklich verlaufene Lohnbewegungen freuten, da die Partei den größten Vorteil davon hätte. Herr Goldschmidt hat hier die Unwahrheit gesagt, denn man muß wohl annehmen, daß er darüber informiert ist, wie genau in unserer Partei- und Gewerkschaftspresse immer und immer wieder darauf hingewiesen wird, nur im äußersten Falle zum Streik zu greifen und daß in den letzten Jahren bedeutend mehr Arbeiter streikend beim Angriffstreiks stattfanden. Doch das braucht der freierwillige Apokalypse nicht zu wirken! Nachdem der Rechner des 5. März noch darauf hingewiesen, daß die Gewerbetreuer nicht außerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung stehen wollen, eine Versicherung, die tatsächlich überflüssig war, forderte er die Anwesenden auf, in die freien Gewerkschaften hier einzutreten, und so bei Leipzig, Schneidern usw. Mitglieder zu werden.

Da hätte Herr Goldschmidt selber aufpassen müssen, wenn er glaubt, in Wunzlau den Hirsch-Dunderschen die Bahn frei zu machen und auf dem Delegiertentag, der am Sonntag hier stattfand, wurde vor allen Rednern darüber gesprochen, daß die Hirsch-Dundersche Bewegung gerade in Niederösterreich fortwährend zurückergehe, überall die Mitglieder in die freien Gewerkschaften einzutreten und es so gut wie unmöglich sei, neue zu werben. Das zu hören, mag Herrn Goldschmidt nicht angenehm gewesen sein und so wird er wohl selbst einsehen, daß er mit seinen Zielen nicht einen Hund hinter dem Ofen hervorlocken, geschweige denn in die geschlossenen Reihen der freien Gewerkschaften eine Bresche schlagen kann. So wie der Vorfall sich hier abgewickelt hat, so verhalten sich die Gewerbevereine und keine Sabotage über die Dummheit dieser Vorkämpfer. Die sozialdemokratischen Vereine kann sie vor der Auflösung bewahren. Am meisten ist aber nach folgendem: Da zwei Rationen, die sich um Herrn Goldschmidt geschart hatten, schickten sich zu großen Taten herauf und so nahm man Stellung zu Kronenkräften, Stadtverordneten und politischen Parteien. Herr Goldschmidt, um seine mahnbende Wirkung zu betonen, erklärte, er glaube, daß Gewerbevereine einen Sozialdemokraten zu wählen werden, denn ein ausgearbeiteter Arbeiter werde weder einem Reaktions- noch einem Revolutionspartei seine Stimme geben. Er habe, daß Herr Goldschmidt mit seinen "aufgeklärten" Arbeitern keine öffentliche Versammlung abgehalten hat, wo jedermann Zutritt und auch Redefreiheit hätte; vielmehr wäre dann der Antagonismus über die Verhältnisse eines aufgeklärt worden, vor allem aber über

über, daß seine Bemühungen; den im Hirsch-Dunderschen begründeten neuen neuen Leben einzubringen, vergeblich sind und daß an dem Wohlwollen der freien Gewerkschaften dergeachtet hiesige Deutsche nicht fehlen.

1. Wunzlau, 8. Mai. Reichen. Die letzte Generalversammlung des hiesigen Landwehr-Vereins beschäftigte sich wieder mit dem Ausschluß einiger Mitglieder, die neben ihrer Mitgliedschaft dem Landwehr-Verein noch Mitglieder der freien Gewerkschaften sind. Die bei der vorigen Generalversammlung noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen gegen zwei Mitglieder, die neben dem Landwehr-Verein noch der freien Gewerkschaft angehören, hatten das Ergebnis, daß sich ein Mitglied den Satzungen des Landwehr-Vereins fügte, das andere aber seiner Zustimmung wegen auf die durch die Beitragszahlung im Landwehr-Verein erworbenen Rechte verzichtete und dem Landwehr-Verein beitrete. Gegen zwei andere Mitglieder, welche unter dem Verdacht stehen, der sozialdemokratischen Partei anzugehören, schweben zur Zeit Verhandlungen auf Ausschluß aus dem Landwehr-Verein. Den Mitgliedern der freien Gewerkschaften können wir nur mit allem Nachdruck raten, für solche Vereine keinen Kontakt zu suchen. Ist das Bedürfnis vorhanden, neben seiner Gewerkschaft noch einem weiteren Verein anzugehören, so kann einem jeden der Eintritt in den sozialdemokratischen Wahlverein nur aufs wärmste empfohlen werden!

### Veräußerungen.

Hierzu. Seit Sonnabend findet der wüstenwärtliche Pferdebesitzer Ernst Schumann 6 arabische Vollblutpferde, die Kommissionsrat Dusch im Jahre 1904 für den Preis von 20.000 Mk. erworben hatte, vor. Die edlen Tiere stehen im Alter von 3 bis 4 Jahren und leisten, nach etwas mehr als einjähriger Dreifur, geradezu Unglaubliches.

Diebstahl's Stabflement. Das Interesse für Korrosions-Drucker Schillerer und insbesondere für die gewerkschaftlich zur Aufklärung gelangende urförmliche Presse. In der Sommer-Exposition ist sich zu einem von Tag zu Tag regeren zu gestalten. Der beste Beweis dafür ist, daß die Direktion dieses hiesigen Bildes trotz des reichhaltigen Repertoires der Schillerer noch heute, Mittwoch, und morgen, Donnerstag, und wahrscheinlich auch noch Freitag aufzuführen läßt. Für Sonnabend, den 12. Mai, ist die erste Aufführung des äußerst amüsanten Stückes, "Der Amerikaner", in Aussicht genommen.

### Versammlungen und Vereine.

#### Breslau.

Mittwoch, den 9. Mai: Zimmerer-Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr im Saal Arbeiter-Radsport-Verein "Breslan". Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Zentralverband der Schmiede. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr. Zimmer 2.

Donnerstag, den 10. Mai: Maurer-Mitglieder-Versammlung im Saal Arbeiter-Abteilungs-Verein (Breslau). Abends 8 Uhr findet im Zimmer 5 der zweite Dichtabend statt. Jedermann ist eingeladen. Arbeiter-Abteilungs-Verein. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr. Zimmer 5.

Sonnabend, den 12. Mai: Buchbinder. Wichtige Versammlung im Zimmer 2. Sonntag, den 13. Mai: Porzellanarbeiter. Abschluß und Abrechnung vom Maltranzchen. Vormittags 1/11 Uhr im Zimmer 2.

Montag, den 14. Mai: Zentralverband der Schuhmacher. General-Versammlung Abends 8 Uhr. Zimmer 2. Mittwoch, den 16. Mai: Breslauer Buchdrucker-Gehilfen-Verein. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr im großen Saal.

### Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 10 und 11 (Gandtor). Mittwoch, den 9. Mai: Zusammenkunft der Bezirksführer. Es soll über einen gemeinsamen Anschlag Beschluß gefaßt werden. Alle Bezirksführer müssen erscheinen. Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor). Mittwoch, den 9. d. M.: Zusammenkunft der Mitglieder im Distriktslokal Lohstraße 77. Die letzte "Vollmacht"-Agitation. Erscheinen aller Bedingungs.

Land-Distrikt 4. Sonntag, den 13. Mai: Vollmacht-Agitation. Die Mitglieder werden dringend ersucht, sich in dem bekannten Lokale recht zahlreich einzufinden.

Sozialdemokratisches Liederbuch von Max Kogol. Preis 40 Pfg.

Einen Ersatz für die beliebte Delikatess-Margarine-Solo in Carton gibt es nicht, es sei denn beste Butter! Andere Marken mögen vielleicht billiger angeboten werden, aber sie sind nicht mit

Solo in Carton zu vergleichen, die in Feinheit der Qualität, Frische und Wohlgeschmack unübertroffen dasteht. Man achte bei jedem Paket auf Garantiedatum und Siegelverschluss! Ueberall erhältlich.

Das Christentum und der Krieg von C. Vogtherr. Preis 15 Pfg.

Egeben ist wieder erschienen: Führer durch das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz. Preis 25 Pfg. Voris 2 Pfg. Ein notwendiges und praktisches Büchlein für alle Versicherer, denen es geizt und Führer durch das Gesetz ist. Es legt die Pflichten und Rechte aus dem Gesetz dar und zeigt, wie und wo der Versicherer sein Recht suchen muß. Buchhandlung "Vollmacht".

(Zweigverein Breslau und Umgegend).

Donnerstag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Margaretenstraße 17):

**Allgemeine Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung: Berichterstattung über die Tarifverhandlungen und unsere endgültige Stellungnahme zu dem Resultat derselben.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen sämtlicher Verbandskollegen ist dringend erforderlich.

Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet und sind die Eintrittskontrolleure angewiesen, strengste Kontrolle auszuüben.

Die Lokalverwaltung. J. A.: E. Widera.

1835

Am 7. d. Mts., vormittags 11 Uhr, verschied nach kurzen Leiden meine liebe Frau und gute Mutter, Schwägerin und Taube,  
**Johanna Spiller, geb. Schlabitz,**  
im Alter von 48 Jahren. 1834  
Dieses seligen schmerzserfüllt an  
**Die schwergeliebten Hinterbliebenen.**  
Beerdigung: Donnerstag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara-Friedhofes in Cosel. Trauerhaus: Posenerstr. 4.

Am 7. d. Mts., vormittags 11 Uhr, verschied plötzlich nach kurzem, aber schwerem Leiden die Frau unseres Kollegen,  
**Johanna Spiller**  
geb. Schlabitz.  
Ihr Andenken werden wir stets in Ehren halten!  
Gewidmet von den an der freiwilligen Arbeit gehinderten Schmieiden der Linke'schen Waggonfabrik, Abteilung I. 1835

**Stadt-Theater.**  
Mittwoch:  
Abend 7 Uhr:  
Wagner-Oper:  
„Der Ring des Nibelungen“  
Erster Tag: „Die Walküre“  
Donnerstag:  
„Maria Stuart“  
Freitag:  
„Fidelio“

**Lobe-Theater.**  
Mittwoch:  
Abend 7 Uhr:  
Königliche Oper:  
„Corydon Ervette“  
Donnerstag:  
„Die Geisha“  
Freitag:  
Königliche Oper:  
„Ramselle Ritouche“

**Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.**  
Mittwoch:  
Oper M. S. Schiller:  
„Einige Menschen“  
Freitag:  
Oper M. S. Schiller:  
„Des Meeres und der Liebe Wellen“

**Liebig's Etablissement**  
Telephon 1646.  
Konrad Dreher's  
30 Schliersee 30  
mit Xaver Teresal.  
Mittwoch und Donnerstag:  
In der Sommerfrische.  
Vollständiges in 4 Akten von Benno Raabenecker u. Konrad Dreher.  
Haut von Emil Kaiser.  
Abend 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Victoria-Theater**  
(Simonsener Garten).  
12 Attraktionen 12  
Lotte Sebus.  
**Roland**  
der größte Musikant der Welt.  
Fritz Waldow  
Wochentags gültig.

**Dominikaner.**  
Täglich bei  
**Original-Farinelli's.**  
Entrée 10 Pfg., Konzert 20 Pfg.  
Entrée 20 Pfg., Konzert 30 Pfg.

**Rechte u. Pflichten des Mieters**  
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch  
Kommentar gegen Mietsrecht  
von Rich. Lipinski.  
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.  
Die Broschüre ist höchst wichtig  
auf Grund der Rechte und der  
Pflichten zum Bürgerlichen  
Gesetzbuch bearbeitet und ist ein  
sehrer Führer durch das Mietsrecht.  
Durch unsere Expedition zu  
erhalten.

**Zeltgarten**  
Dir. H. Krzinski.  
Budapester  
Polka-Ensemble  
Volles Orchester.  
Moritz Mandelblüh  
auf der Hochzeitsfeier.  
Auf Wunsch:  
Soll und Haben.  
Sonnig täglich neue  
Spezialitäten. 70  
Entrée 30 Pfg., Kinder 50 Pfg.  
Im Garten:  
Täglich grosses Konzert  
Entrée frei.

**Palmengarten**  
Dir. H. Krzinski.  
**Elite-Orchester**  
**Naupold.**  
Entrée frei.

**Konzerthaus Flora.**  
Dir. H. Krzinski.  
**Neues Damen-Salon-Orchester.**  
Entrée frei.

**Fahrräder** elegant sportliche  
Bauart. 24 III u. II  
**Stroh Hüte**  
für Damen, Herren u. Kinder  
Stroh-  
billig direkt in der Fabrik  
Neue Graupenstraße 11. Hof,  
Freund & Krebs.

**Herren-Anzüge**  
10 Paar, nach Maß elegant 17 Paar.  
Paletots, modern 10.  
nach Maß in der Fabrik 1493  
Carlstrasse 42, I.

**Pianos,**  
Flügel und Harmonium  
größte Auswahl, jede  
Preisliste. Teilzahlungen.  
Miete, Reparaturen.  
Sünnen. [1706  
Georg Neumann  
Breslau, Neue Graupenstraße 13.

**Zirkus Busch**  
Mittwoch, den 9. Mai 1906.  
Anfang der Vorstellung, abds. 7 1/2 Uhr.  
Ende der Vorstellung, abds. 10 1/2 Uhr.  
Samstag, den 12. Mai:  
„Aus den Alpen.“  
Dr. Menge-Koch'sche Musik-  
des Zirkus Busch.  
Besonders hervorzuheben:  
**Der Automobilsturz**  
aus der Höhe der Zirkusinsel!  
Beginn der Vorstellung um 9 1/2 Uhr.  
Um 8 1/2 Uhr. Rest um 8 1/2 Uhr.  
**70 dressierte Elefanten 70**  
unter persönl. Vorführung des Herrn  
Willy Hagenbeck, sowie des  
Dompteur Herrn Albers. Außerdem:  
Kunst d. Schreitens, Fräulein Marie Klase.  
**10 Elefanten 10**  
brenn. u. brenn. v. Herrn Philadelphus  
sowie die vorzügl. Programm-Nummern.  
A. V. I. I.  
Sonntag, den 13. Mai 1906:  
In beiden Vorstellungen:  
**Aus den Alpen.**  
Freie der Plätze wie gewöhnlich.  
Winkel-Vorverkauf:  
zu Kassenerlösen im Abgangsbüro von  
Gust. Ad. Schleh (Tel. 2219) Schweb-  
nigerstr. 10, 2. Zwinger. Die Zirkus-  
kasse (Tel. 3824) ist täglich von 11 Uhr  
vormittags ab geöffnet. 1815

**Achtung! Waldenburg. Achtung!**  
**Parteigenossen und -Genossinnen!**  
Die diesjährige  
**Mai-Feier**  
findet **Sonntag, den 13. Mai**, im Garten und in den Lokalen des  
Gasthofs „Germania“ in Polznitz statt, bestehend in  
**Vokal- und Instrumental-Konzert, Festrede**  
**u. Bolzenschiessen, verbunden mit einem Preisschiessen.**  
Beginn des Konzerts und Bolzenschiessens um 3 Uhr nachmittags. Der übrige Teil  
des Festes beginnt schon früher. — Die Festrede hält der Reichstags-Abgeordnete des  
Kreises **Hermann Sachse.**  
Für gute Bedienung ist gleichfalls bestens gesorgt.  
**Parteigenossen und -Genossinnen!** Erscheint in Massen mit Euren Ange-  
hörigen, um für die in dem Maiest liegenden Grundstücke aufs neue zu demonstrieren.  
Laßt Euch den etwas weiten Weg nach Polznitz nicht verbieten, er soll für jeden Teil-  
nehmer eine Erholung sein.  
Der Vorstand  
des Wahlvereins und des Gewerkschafts-Kartells.  
1839

**Julius Eifler's Wwe.**  
**Sargmagazin u. Beerdigungs-**  
**Anstalt** 1172  
**Breslau, Friedrich-Wilhelmstr. 55/57**  
Ecke Friedrich-Carlstr.  
empfiehlt ihr reichhaltiges Lager  
von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung  
einer gütigen Beachtung.

**Textbücher**  
zu der am 13. Mai stattfindenden Volksvorstellung  
**Der Waffenschmied**  
sind zum Preise von **25 Pfg.** in der Expedition  
der Volkswacht zu haben.

**Möbel-Kredit**



Zahlungsbefreiung  
Sicherste Abzahlung  
**Anzüge, Überzieher**  
Kinderwagen, Betten, Teppiche,  
Gardinen, Eischränke  
**Max Biermann,**  
Ring 51, I. Etg. (neben der Stadtgasse).  
Auch nach auswärt.  
Filiale:  
Waldenburg 1815.

**Volksvorstellung 1905/6**  
(Thalia-Theater).  
**XII. Aufführung.**  
Sonntag, den 13. Mai 1906,  
Nachmittag 3 1/2 Uhr:  
**Der Waffenschmied.**  
Komische Oper von A. Lortzing.  
Preise der Plätze:  
I. Rang 1.00, III. Rang 0.25, Galerie 0.15.  
Zu haben in der Expedition der Volkswacht,  
sowie bei den Kasporthauern.

**Weißnäherinnen** 1832  
auf eleg. Röcke u. Bekleidungs-erh. sof. lohnende Beschäftigung.  
**Eduard Hoerder, Zuckerrstraße 25/26.**  
Das reinste und schmackhafteste  
**Boggen-Kern- und**  
**Hausback-Brot**  
liefert die Bäckerei von [1840  
**August Neumann,**  
Matthiasstraße 88.

**Wratlavia und Presto**  
helfen die modernen  
**Fahrräder**  
in ihrer höchsten Vollendung, bis 5 Jahre schriftl.  
Höhe Garantie leisten wir auf unsere best-  
bewährten Modelle. Ein bester geschäftlicher  
Nachfrager mit kleinen Schönheitsfehlern, jedoch voller schätzbarer Garantie bis  
10% unter Original-Katalogpreis. — Gute Modelle von 2.50, gute  
Schlüsse von 2.00 an. Sämtliche Ersatz- und Zubehörteile ungleichmäßig billig.  
**Buch-Motorzweiräder und**  
**Motorgepäckträger** 759  
sind die schnellsten und unbedingt zuverlässig.  
**Thorwarth & Hielscher, Nitschstr. 60.**  
Katalog umsonst und postfrei.

**Gesellschaftswagen**  
zu Ausflügen, 8-20 Personen  
fassend, sind zu verleihen bei  
**C. Jackisch, Klosterstr. 140.**  
Telephon 541. [1806  
**Cito-, Opel- und Stahlrad-**  
Fahrräder sind bekanntlich die besten und gütig-  
lichsten, daher auch die billigsten.  
Schonste Räder werden in Zahlung genommen.  
Zahlungsbefreiung! 2 Jahre Garantie!  
Reparatur-Berstatt. Sämtliche Ersatzteile.  
**Josef Swienty, Matthiasstraße 104,**  
am Waterlooplatz. 1179  
Seine Filiale, sondern eigenes Geschäft.



Aus Russland.

Capons Ende. Die Redaktionen der großen Petersburger Blätter haben folgendes Schreiben erhalten:

Das Arbeitergericht hat festgestellt: 1. Daß Georg Capon, nachdem er im Dezember 1905 nach Petersburg zurückgekehrt war, mit Hilfe in Verbindung trat, daß er eine Reihe von Zusammenkünften mit dem früheren Direktor des Polizeidepartements Lopuchin und dessen Gehilfen Katschowsky gehabt hat, daß er mit dem Leiter der Petersburger Geheimpolizei Gerassimoff unterhandelt hat.

2. Um den 28. Januar 1906 schrieb Capon einen Brief an den Minister des Innern Durnowo, in dem er seine frühere revolutionäre Tätigkeit und die Vorgänge vom 22. Januar 1905 leugnete. Dieser Brief wurde durch Katschowsky übergeben.

3. Georg Capon erhielt von Katschowsky und Gerassimoff den Auftrag, die Verschwörungen gegen den Zaren, gegen Witte und Durnowo auszulöschen und zu verraten. Er nahm es auf sich, einen seiner Anhänger zu „verführen“. Er suchte ihn zu überreden, 25.000 Rubel für die Entdeckung einer Verschwörung zu nehmen, für vier Verschwörungen könne man 100.000 Rubel verdienen. Am Namen Katschowskys garantierte Capon dem Verräter volle Sicherheit für den Fall, daß sein Verrat entdeckt werden sollte.

4. Georg Capon wurde am 3. November 1905 amnestiert. Das wußte er, trat aber mit der Regierung in Verbindung, er hielt von ihr Geld und einen falschen Pass in der Tasche (während er im Dezember 1905 zurückgekehrt ist, wohnte er mit diesem Pässe in Petersburg und erklärte den Arbeitern, er sei gekommen, illegal zu wohnen, da die Regierung ihn verfolge).

5. Seinen Einfluß auf den Arbeiter Scheremuchin mißbrauchend, gab ihm Capon einen Revolver und verleitete ihn zu schwören, daß er den Arbeiter Petroff töten werde, der eine Reihe von Tatsachen veröffentlichte, die über das Verhältnis Capons zur Regierung Licht verbreiteten. Scheremuchin erschloß sich aber mit diesem Revolver selber und zwar in einer Sitzung, in der Capon den Vorsitz führte.

6. Außer den 10.000 Rubeln, die Capon für die in England veröffentlichte Schilderung der Vorgänge des 22. Januar erhielt, bekam Capon im Sommer 1905 von einer Privatperson 50.000 Franken für die Arbeiterfrage. Dieses Geld ward den Arbeitern nicht übergeben. Der überführte Capon gestand das alles selbst, erklärte aber, er hätte das zur Vertrießung einer „Idee“ gemacht, die er dabei gehabt hat. Georg Capon ist ein Verräter, Agent provocateur und hat Arbeiter-Geld unterschlagen, er hat das Unrecht und die Ehre der am 22. Januar 1905 gefallenen Genossen geschändet. Georg Capon ist zum Tode verurteilt. Dieser Spruch ist ausgeführt worden.

Mitglieder des Gerichts. Auf dem Konvok der Volkstretter erklärte der größte Teil der bäuerlichen Vertreter, auf der vorkonvokierten Aufstellung der Privatlandgüter bestehen zu müssen und auf irgend einen gegenseitigen Kommissionsvorschlag nicht eingehen zu können.

Wozu noch Geld da ist. Der Zar hat dem bisherigen Minister des Innern Durnowo 200.000 Rubel zum Geschenk gemacht.

Das Staatsgrundgesetz wurde zur Überraschung am Dienstag veröffentlicht. Aus dem Gesetz geht hervor, daß der Kampf zwischen der Regierung und dem Volke um den Reichsrat gehen muß, da die Vorschriften über die Zusammensetzung des Reichsrates in das Staatsgrundgesetz aufgenommen wurden. Die §§ 15 und 16 des Entwurfs, die unter dem besonderen Druck Witte entstanden waren und die Gesellschaft besonders erregten, sind in liberaler Weise geändert worden. Das gleiche gilt von den Bestimmungen für die kaiserliche Familie. Staatsbeiträge und kaiserlicher Besitz werden streng von einander getrennt. Das Gesetz bietet trotz mancher Unvollkommenheiten den Arbeitern der Duma genügend Spielraum, aber wegen der vielen Unklarheiten auch viele Angriffspunkte, von denen aus der Zar wird gezwungen werden können, bald an die Revision der Staatsgrundgesetze heranzutreten.

Die allmächtige Gendarmerie. Die Verfügung des Ministeriums des Innern, laut der Personen, die ohne eine bestimmte Anschuldigung und lediglich in geheimpolizeilicher Ordnung verhaftet sind, unverzüglich in Freiheit gesetzt werden sollen, hat noch unter Durnowo eine eigenartige Ergänzung erhalten durch eine andere Verfügung vom 2. Mai, die veranlaßt ist durch die Anfrage der Provinzialgouverneure und Gendarmeriechefs beim Minister, wie mit solchen Personen zu verfahren sei, die „allerdings ohne Schuld“ seien, deren Befreiung aber in Rücksicht auf ihre Popularität und ihren großen Einfluß auf das lokale Publikum gegenwärtig unzulässig erscheint. Hieraus hat der Minister geantwortet, die Verlängerung der Gefangenschaft derselben bleibe dem Ermessen der Gouverneure und Gendarmeriechefs anheimgestellt!

Eine Strafexpedition. Nachdem die Blünderungen und Mordtaten der Terroristen (?) immer noch andauern, ist im Rigauer Kreise wieder eine Strafexpedition aufgenommen worden, um weitere Ausschreitungen zu verhindern. Rittmeister Feldmann wurde mit einer Eskadron Dragoner abkommandiert, um die Ruhe aufrecht zu erhalten.

Gegen den „Inneren Feind“. Aus Orenburg berichtet ein Privattelegramm, zwei Kosakenregimenter, die aus Ostasien dahin zurückkehrten, seien mit dem Kommandeur in ihre Heimatdörfer entlassen worden, daß sie nach etwa einem Monat wieder einberufen werden würden und in den inneren Gouvernementsdienst zu leisten hätten. Mit derselben Begründung ist auch in Kofow am Don die Kompletierung der Kosakentruppen angeordnet worden. Ein Teil der russischen Besätze marschiert unverweilt ins Orlowsche Gouvernement ab, wo die Bauern in Bewegung gekommen sind. Ueberhaupt läßt sich eine Zunahme der Agrarunruhen wahrnehmen.

Zwei Tote verhaftet die Bomben, die von der Polizei in Kiew in einer Privatwohnung gefunden und beschlagnahmt wurden. Der Inhaber der Wohnung wurde verhaftet.

Ueberfälle. Eine Bande von 15 Bewaffneten überfiel die Station Schork bei Riga, tötete einen Gendarm, einen Schutzmann, den Vorstand des Postbüros, einen Schreiber und einen Artillerieoffizier, der sich zufällig dort befand, und plünderte die Kasse des Bahnhofs und der Postbüros. Zwei Kompanien Infanterie sind von Riga zur Verfolgung der Verbrecher entsandt worden. — Eine andere Bande ermordete mit Dolchen und Keulen im Distrikt von Wenden einen Grundbesitzer sowie dessen Frau und Sohn und verlegte dessen Tochter schwer.

Ausschreitungen gegen die Juden in Zakaterinoslaw werden bestrukt, weil die jüdischen Einwohner dieser Stadt für die Ermordung des Generalgouverneurs verantwortlich gemacht werden.

Graf Witte soll, wie dem „Standard“ aus Petersburg gemeldet wird, zum russischen Botschafter in Rom ernannt werden. Offenbar ist diese Ernennung eine bequeme Art, den früheren Ministerpräsidenten kaltzustellen.

Wasserverschörungen in St. Petersburg. „Daily Express“ meldet aus Moskau, daß die dortige Polizei Kenntnis von einem Plane der revolutionären Partei erhalten habe, wonach sämtliche Generalgouverneure und Gouverneure in den südlichen Provinzen Russlands ermordet werden sollten. — Nach einer neueren Meldung ist Graf Ignatiew in Kiew ermordet worden.

Partei-Angelegenheiten.

Der Kampf mit geistigen Waffen gegen die Sozialdemokratie besteht wesentlich darin, daß man in unsagbarer Form bekannte Parteigrößen etwelche Angehörigen nachlag. Gegenwärtig wird vom „Gothaer Tagblatt“ diese Methode geübt. In einem Artikel bespricht das Blatt die Steuererhältnisse der Stadt und polemisiert zu Gunsten der Hausagrarier gegen die vom Stadtrat beschlossene Wertzuwachssteuer. Dann kommt folgende Bemerkung:

Der größte Hinterzieher bekleidet ein Ehrenamt, zu dem ihn seine Mitbürger gewählt haben, der andere Herr, der das ganze Land glücklich machen will, hat das Steuergesetz von 1902 mitgeraten. Davon schweigt ein hiesiges Blatt, in dem sonst jeder, der sich etwas anschauen kommen läßt, zur Danksagung wird. Die hiesigen Bürger erwarten selbstverständlich, daß Leute, die solche Sachen fertig bringen, ihre Ehrenämter freiwillig niederlegen. Verlauten kann man ihnen nicht mehr entgegenbringen.

Mit dem „andern Herrn“ soll der Parteigenosse Bod, der Landtags- und Reichstagsabgeordnete, gemeint sein. Zu der Veranschaulichung schreibt das „Gothaer Volksblatt“:

Es handelt sich um die Druckerei des „Volksblatt“, von der der Reichstags-Abgeordnete Bod nominal der Eigentümer ist. Eine Steuerdeklaration für die Druckerei hat Bod allerdings unterlassen, aber nur deshalb, weil 1. jahrelang nicht nur kein Gewinn aus der Druckerei erzielt wurde, sondern Zuschüsse geleistet werden mußten und weil 2. Bod, als endlich sich Ueberlässe zeigten, niemals auch nur einen Pfennig an Einkommen aus der Druckerei bezogen hat und für die Zukunft auch nicht bezüchtigt wird. Denn alle Ueberlässe werden wieder für die Druckerei verwandt. Bod hat im Gegenteil mancherlei Lasten durch die Druckerei gehabt, die niemals verlistet worden sind, ganz abgesehen von der Wählerwahl, Unannehmlichkeiten und Reizverhältnissen, die mit solchen Geschäften stets verbunden sind.

Wir nehmen von der bürgerlichen Unanständigkeit und deren Abfertigung unter Parteiblatt Kenntnis, weil anzunehmen ist, daß die Angelegenheit auch anderswo in der gegnerischen Presse breitgetreten ist.

Partei-Pressen. Wie die „Schwäb. Volksztg.“ mitteilt, ist Genosse Kollwager seit 1. April aus dem Redaktionsverband ausgeschieden, bleibt aber als gelegentlicher Mitarbeiter dem Blatte erhalten. Genosse Georg Simon, der langjährige Leiter der Augsburg. Hefen des Sozialarbeiter-Verbandes, ist dieser Tage in den Redaktionsverband der „Schwäbischen Volkszeitung“ eingetreten.

Arbeiterbewegung.

Die Ausgewerbeten des Berliner Buchbinderelagerwerkes, 456 männliche und 465 weibliche, faßten den Beschluß, unter den von der Ortsverwaltung vorgeschlagenen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Bedingungen lauten: „Daselbe Personal, das ausgebetert wurde, tritt in den Betrieb in die alten Stellen zurück. Maßregelungen der Beteiligten dürfen nicht erfolgen. Bei Entlassungen, die aus Mangel an Arbeit notwendig werden, ist die Beschäftigungsbauer maßgebend, eingeschlossen die Zeit vor der Auslieferung. Mit den zuletzt Eingetretenen hat man zu beginnen.“ Der Vorschlag der Ortsverwaltung gründet sich darauf, daß der Vorsitzende des Verbandes deutscher Buchbindermeister der Berliner Unternehmern die telegraphische Mitteilung zugehen ließ, sich mit ihren bisherigen Arbeiterausschüssen in Verbindung zu setzen wegen Wiederaufnahme der Arbeit durch das ausgebeterte Personal zu den alten Bedingungen am Dienstag, den 8. Mai.

Die Lohnbewegung der Musterkonfektionschneider in Berlin nimmt einen betriebenden Fortgang. 25 Firmen haben bisher den neuen Lohnstarif anerkannt. Bei einer Anzahl Firmen bedurfte es erst einer mehrstägigen Arbeitsniederlegung, um sie zur Anerkennung der Forderungen zu veranlassen. Eine Reihe ähnlicher Arbeitsniederlegungen dürften noch zu erwarten sein.

Die Lohnbewegung der Berliner Bäckergehilfen hat den Erfolg gehabt, daß die beschließende Verammlung der Bäckermeister, die zu den Vorschlägen der Einigungscommission Stellung zu nehmen hatte, nach längerer Verhandlung die Abmachungen angenommen hat. Auch die Leipziger Bäckergehilfen stehen in einer Lohnbewegung.

Die Schuhmacher Berlins sind in dem Generalstreik eingetreten, nachdem die wiederholten Verhandlungen mit der Faunung resultatlos geblieben sind. Dem ersten Anstoß zur Lohnbewegung gab die Preisbewegung der Schuhmachermeister, die am 15. April proklamiert wurde. Die Arbeitnehmer erklärten dazu, daß sie jetzt auch auf eine Lohnhöhung rechnen, da in den letzten zwanzig Jahren die Lebensmittelpreise verdoppelt sind, während der Lohn ungeändert auf der gleichen Höhe erhalten blieb. Sie haben jetzt einen Lohnstarif aufgestellt, der am Montag zur Verteilung gelangte. Wo die Lohnforderungen nicht ohne weiteres bewilligt wurden, ist die Arbeit nicht aufgenommen worden. In Betracht kommen gegen 500 Maßgeschäfte in Berlin.

Die Lithographen und Steinbrucker der Firma C. Schönerl in Leipzig sind in den Ausstand getreten. Der Ausstand der Steinbrucker bei der Firma F. A. Brodhaus dauert unverändert fort. Die Steinbrückergehilfen in Stuttgart, denen vor einigen Tagen gekündigt wurde, sind in den Ausstand getreten.

Ein Bündel von Anklagen hatte die Staatsanwaltschaft gegen unseren Genossen Robert Müller in Bwidau zusammengetragen und zwar soll er sich der Verleumdung eines Vergebens gegen § 153 der Gewerbeordnung, sowie noch der verbotenen Erpressung schuldig gemacht haben. Alle diese Strafbestände sind in einem Artikel der „Braunzeitung“ angedeutet worden, den Genosse Müller besaß und eingesehen hat und in welchem er den Führer in der Vereinsbrauerei Bwidau beschäftigt gewesenen Brauereiarbeitern Söldel, Weißweiber, Heß und Heibel Vorhalt macht, weil sie sich weigerten, weiterhin Extraktieren für ihre ausgesetzten Kollegen im Rheinland zu zahlen. Nach längerer Verhandlung, welche am Freitag vor der 3. Strafkammer Bwidau stattfand, verurteilte das Gericht Genossen Müller wegen Verleumdung zu 300 Mk. Geldstrafe. Die anderen Delikte ließ das Gericht, trotzdem der Staatsanwaltschaftsvertreter sich alle erdenkliche Mühe gab, dem Gericht die Strafbarkeit der Müllerischen Handlungsweise nachzuweisen, außer Betracht. Die Ehre der vier Brauereiarbeiter, auf deren Antrag hin die Anklage erhoben wurde, ist somit wieder repariert worden. Ob auch bei ihren Kollegen, ist eine andere Frage.

Der Mann mit der roten Witze. Ein Schlosser in Halle fragte bei dem Jakobswerk in Meissen (Aktien-Gesellschaft) um Arbeit an. Die Gesellschaft antwortete, er möge nur mitteilen, mit welchem Zuge er eintreffe, damit man ihn vom Bahnhof abholen könne. Auf dem Perron möchte sich der Ankömmling unter Vorgehung eines Schreibens an den diensttunenden Bahnbeamten, eingekammert (Mann mit der roten Witze) wenden, der unterrichtet sei. Beschäftigungen wären nicht zu befürchten. — So wirken Staatsbeamte im einseitigen Interesse des Unternehmertums.

Die ausgewerbeten Metallarbeiter in Dresden nahmen in einer von mehreren tausend Personen besetzten Versammlung Kenntnis von den Vorschlägen der Metallindustriellen, in denen sich u. a. folgender provokatorische Passus findet: „Vorbereitung für eine Einigung ist die Beilegung sämtlicher Ausstände in den Verbandsbetrieben der Verbände Dreher, Hammer, Draufschmied und Restan und eine bedingungslose Aufnahme der Arbeit auch von Seiten der ausgewerbeten Arbeiter, soweit diese bei der Einstellung beschäftigt werden können. Zur weiteren hängt die Dauer einer abgeschlossenen Einigung davon ab, daß auf keinerlei Weise Arbeitswillige innerhalb oder außerhalb der Betriebe gestört oder lästigt werden. Bestrebe nach dieser

Richtung ihnen mit sofortiger Entlassung gehandelt werden und beenden keine Maßregelung. Wiederanstellung von Arbeitern kann nur nach Maßgabe der Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen. Maßregelungen sollen nicht stattfinden, jedoch soll Nicht-Wiederaufnahme von Arbeitern nicht als Maßregelung betrachtet werden. Unter sehr erregten Kundgebungen gegen das anmaßende und schroffe Verhalten der Unternehmer wurde darauf der Beschluß gefaßt, die Einigungs-vorschläge unbeantwortet zu lassen. Damit sind die Einigungsverhandlungen abgebrochen und die Generalstreikung über ganz Deutschland, von der 320.000 Arbeiter betroffen werden, dürfte eintreten.

Zur Aussperrung der Hafenarbeiter in Hamburg. Ende vergangener Woche blieben im Hafen 40 Schiffe, die auslaufen sollten, unabgefertigt. Diese Riffer zeigt, daß die von den Redaktionen von außerhalb herbeigeholte Gesandtschaft für die ausgesperrten Hafenarbeiter nicht entfernt ausreicht und daß die Arbeiter-Organisationen in ihrem Bestreben, Zugang fernzuhalten, erfolgreicher sind als von gegnerischer Seite angenommen wurde. Wie die Zentralkasse der ausgesperrten Hafenarbeiter berichtet, ist die Aussperrung allgemein durchgeführt. Alle Unternehmer, die nach dem 1. Mai ihre Arbeiter wieder zur Arbeit bestellen, sind gezwungen worden, die Leute wieder auszusperren. Die Unternehmer machen die größten Anstrengungen, Arbeitswillige aus allen Gauen Deutschlands, hauptsächlich aus dem Ruhrgebiet, Schlesien und auch aus England heranzuziehen. Ausgesperrt sind etwa 5000 Schauerleute, 600 Kohlenarbeiter, 1600 Erwerführer, 800 Schiffsbremer, 200 Schiffsmaler und 300 Kesselrinner.

Wie sehr die Hebereiber in der Baffche sind, zeigt ein Schriftstück, das die Hamburg-Amerika-Linie ihren Kommandanten unterbreitet hat und in dem es u. a. heißt: „Beamte, welche für den Postfall ihre Dienste auf den Rai und auf den Schiffen als Aufseher, Kassierer und eventuell sogar als Arbeiter zur Verfügung zu stellen bereit sind, mögen ihre Namen in eine Liste eintragen. Herr Hallin bemüht sich aber umsonst gegen den „sozialdemokratischen Terrorismus“. Er zieht dabei den Kürzeren.

Die Swinemünder Hafenarbeiter-Aussperrung ist noch nicht aufgehoben, wie von Wolffschen Bureau fälschlich gemeldet worden ist. Nur eine einzelne Firma hat die Forderung gegeben, die Aussperrung aufzuheben. Bei dieser Firma soll auch bereits am Freitag von organisierten Hafenarbeitern ein Dampfer geistlich worden sein. Abgesehen von dieser Firma dauert die Aussperrung ununterbrochen fort. Daß man in Swinemünde noch weit vom Frieden entfernt ist, zeigt auch eine andere Meldung, wonach am Sonnabend Nachmittag fünf Hafenarbeiter wegen des sog. Vollwerktstrawalls am grünen Donnerstag verhaftet worden sind. An diesem Tage führten die schamlosen Provokationen der christlich-nationalen Klubvereine zu einem Zusammenstoß mit den Klassenbewußten Verbänden, der zu handgreiflichen Auseinandersetzungen führte. Die Verhaftung der fünf organisierten Hafenarbeiter wegen dieser Vorgänge hat eine gewaltige Erregung in der Swinemünder Arbeiterschaft hervorgerufen. Unter den fünf Verhafteten befinden sich zwei Vorstandsmittglieder, zwei Mitglieder des Streikkomitees und der Organisationsvertreter Neumann-Stettin, von denen einige am grünen Donnerstag nicht einmal am Latore anwesend waren. Wenn die Swinemünder Handwerker, die 200 Arbeiter aus purem Mangel drei Monate auf der Straße haben liegen lassen, sich wirklich entschließen, daß jetzt die Arbeiter wehmütig an Fresse kriechen werden, so werden sie eine gewaltige Enttäuschung erleben.

Ein Streik der Dresdener Kattun- und Tagemetzler ist in Hamburg ausgebrochen. In allen Betrieben, wo die geforderte Lohnhöhung verweigert wurde, ist die Arbeit niedergelegt worden.

Einigung im Braunkohlenrevier in Ost. Aus Wesselsfeld wird gemeldet: Zwischen den Grubenbesitzern des mitteldeutschen Braunkohlenreviers und der Streikfirma der unabhängigen Braunkohlenarbeiter sind Verhandlungen in die Wege geleitet, die in kurzer Frist zu einer Einigung führen dürften, da die Grubenbesitzer erklärt haben, daß sie die unabhängigen Arbeiter unter den jetzt erst den Gruben bestehenden Arbeitsbedingungen, die eine während des Streiks eingetretene keine Lohnhöhung einschließen, wieder einstellen wollen. Das Ende des Streiks ist in den nächsten Tagen zu erwarten. — Wie unter dem 9. Mai gemeldet wird, ist das Resultat der Verhandlungen bisher gewesen, daß die Verwaltungen versuchsweise die Einführung der 9 stündigen Arbeitszeit zugestanden, dagegen die geforderte Abschaffung der Frauenarbeit und die Einführung eines Mindestlohnes abgelehnt haben. Die Arbeiterausschüsse empfehlen die Annahme des Vergleichs. Versammlungen der Arbeiter sollen die Entscheidung bringen. Für Freitag wird die Beendigung des Streiks erwartet.

Mehr als 15.000 streikende Textilarbeiter demonstrieren in Turin. Kavallerie zerstreute die Leute. Ein Soldat wurde dabei durch Steinwürfe verletzt. Viele Fensterstücken wurden zertrümmert. Die Behörden trafen umfassende Vorsichtsmaßregeln. Von Berelli ist ein Kavallerie-Regiment nach Turin abgegangen. Die Fabrikanten wollen die Forderungen jetzt bewilligen, doch weigern sich die Arbeiterinnen, wegen der Vorgänge, die Arbeit aufzunehmen. Daher dauert der Kampf fort. Zu den bereits 36.000 Unabhängigen gesellen sich die Arbeiter der Tabak-Manufaktur und der Eisenbahnwerkstätten sowie die Straßenbahnbeamten, die Typographen und die Wäfer. Auf der Arbeiterkammer weht die sozialdemokratische Fahne Halbwall. Die ganze Stadt, insbesondere das Gaswerk und der Hauptbahnhof, werden militärisch bewacht. Das Mailänder Arbeiter-Sekretariat schlägt einen einseitigen Generalstreik für ganz Italien als Antwort auf die Turiner Vorgänge vor.

Das Winterziehen in Serajewo, das wir gestern schon kurz meldeten, ist natürlich durch das unsinnige Vorgehen der „Sicherheits“-organe hervorgerufen worden. Als die unabhängigen Tabakarbeiterinnen, denen sich die ebenfalls streikenden Zigarlarbeiter angeschlossen hatten, durch die aus den verschiedenen Werkstätten und von den Dauten herbeiströmenden Arbeiter, die sich mit den Tabakarbeiterinnen solidarisch erklärten, neuen Zugang erhielten, war der Platz, auf dem sich die Szenen abspielten, von einer lauternden Menge Menschenmenge überfüllt. Als ein Wagen der elektrischen Stadtbahn gegen das Rathaus fuhr, wollten einige von den Demonstranten den Direktor der Tabakfabrik unter den Fahrgästen des Wagens bemerkt haben und erschrienen ein Bombardement mit Steinen gegen den Tramwaywagen. Dies bildete das Signal für die Gendarmen zu einem neuerlichen Angriff auf die Menge und es ereignete sich das Ungeheuerliche, daß der Bezirkswachmeister ohne vorherige Warnung auf den Menschenmangel Feuer geben ließ. Eine Salve trachte, 40 Schiffe fielen! Die Wirkung war eine furchterliche, zehn Menschen wälzten sich in ihrem Blute! Unter dem Getöse befand sich ein Handwerker und ein Infanterist, beide harmlose Zuschauer. Der Soldat sowie zwei von den Schüssen niedergeschlagene Arbeiterinnen starben noch während des Transportes in das Spital, zwei andere Demonstrierende nach der Ankunft. Durch Bajonettschläge und Säbelhiebe wurden zahlreiche Personen, teilweise sogar schwer verwundet. 17 Demonstrierende mußten sofort ärztliche Behandlung aufsuchen und wurden mittels Flak in das Spital gebracht. Viele liegen in häßlicher Pflege. Die meisten Leute sind in den Rücken getroffen worden. Die Gendarmen feuerten also auf Flüchtende! Später rückten vier Kompanien Infanterie an, der es nach wiederholten Anläufen gelang, die Demonstrierenden zu zerstreuen. Unzählige Militär- und Gendarmenpatrouillen durchstreifen die ganze Stadt und parken viele Verhaftungen vor. Die brutalen Ausschreitungen der „Sicherheits“-organe haben ein verblühendes Resultat erzielt: Für den 4. Mai wurde der Generalstreik angekündigt und in vollem Umfang durchgeführt, ohne daß es zu neuerlichen Zusammenstößen mit der Wache oder dem Militär gekommen wäre.

In den Kassenbüchern von 1899 ist die Kasse wieder aufgenommen worden, doch lebten die der Vermögensgegenstände...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 9. Mai 1900.

Der Gaufkampf in Reusdorf.

Der sich gegen das Lokal von Gubermuth richtete, setzte am letzten Sonntag mit großer Begeisterung ein. Bereits um 10 Uhr Vormittags wurden die Postkutschen ausgehüllt...

Kaufende waren von 4-5 Uhr 11 Herren und 30 Damen; gelangt haben 1-4 Paare, meistens Damen. Von 6-8 Uhr wurden 24 Herren und 22 Damen gezählt...

Zwei feisthame Fragen. Wie alle Wälder, so bringt auch die „Schlesische Zeitung“ die aufsehenerregende Mitteilung über das gestohlene Silber im fürstlichen Schloß Dalebom.

Es entsteht nun die Frage: Wer hat das Silber in die fürstliche Kammer hineingebracht? Die zweite Frage aber ist: Wer hat ein Interesse daran, sich mit einem so starken Verlust zu befassen...

Würde das Scharfmacherblatt auch so fragen, wenn das Silber im Hause eines Arbeiters gefunden worden wäre?

Arbeitswillige für die Maschinenbauanstalt Breslau versuchen nach einer uns zugegangenen Meldung in Groß-Rohrborn bezw. in der dortigen Zuckerrübenfabrik die Arbeiter Geburel und Bernhard Bschner...

Operntheater. Heute Mittwoch gelangt als erster Tag im Nebenprogramm „Die Wälferei“ zur Darstellung. Den Worten singt Herr Böck, den Fünfer Herr Döring...

Operntheater mit heute Mittwoch Herbedes mit großer Begeisterung aufgenommen. Herbedes Crevette wiederholt, worin Annie Dirksen die Heldrolle spielt.

Operntheater. Heute Mittwoch gelangt als erster Tag im Nebenprogramm „Die Wälferei“ zur Darstellung. Den Worten singt Herr Böck, den Fünfer Herr Döring...

Einigen gekörten. Ein Schiffschiff 57 Jahre in einer Stadt wohnender 61 Jahre alter Schiffschiff war sehr weichen Tagen nicht mehr gehen wollen...

Reisebericht. Am 7. d. M. der 8 1/2 Jahre alte Max Juchel, Schiffschiff 21 Jahre er unter die Wälferei durch die Schiffschiff...

Wahlbestimmungen. In das Polizeigewandnis werden am 7. d. M. 22 Personen eingeladen - Gefangene werden: die gefällte Damme - Abhanden Komma: die fällige Gefangenen...

2. Ziehung 8. Klasse 214. Königl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 5. Mai 1900. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes for the 2nd drawing of the 8th class of the Prussian lottery on May 5, 1900.

2. Ziehung 8. Klasse 214. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers and prizes for the 2nd drawing of the 8th class of the Prussian lottery on May 5, 1900.

Table with lottery numbers and prizes for the 2nd drawing of the 8th class of the Prussian lottery on May 5, 1900.

2. Ziehung 8. Klasse 214. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers and prizes for the 2nd drawing of the 8th class of the Prussian lottery on May 5, 1900.